

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboptionspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 M., bei Geldstr. abholung 4.25 M.  
Durch die Post bezogen vierzehnlich 15.— M., für 1 Monat 5.— M.  
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 20 Pfg.)  
Postcheckkonto Nr. 58 477. Postcheckkonto Nr. 58 477.

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volksgesetzung Leipzig.  
Fernsprecher: 18998.

Inseratenpreise:  
Die 7gesparte Kolonialzelle 1.55 M. — Die 7gesparte Kolonialzelle mit Platzvorrichtung 1.85 M. — Die 7gesparte Kolonialzelle Familienanzeichen 1.40 M. Die Reklame-Kolonialzelle 6.25 M.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Der Kanzler zwischen zwei Stühlen. Eine Rede Müllers in der Nationalversammlung.

### Der Blutdurst des Militärs im Ruhrrevier.

#### Ein zu Unrecht demenzielles Ultimatum des Militärs.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Telegraphen-Union verbreitete gestern eine Meldung aus Essen, der Militärbeauftragte der Stadt, Oberst Baumback, habe von der Regierung gefordert, daß ihm volle Handlungsfreiheit vor allem die Möglichkeit zur Einsetzung des Standesrichts gewährt werde, andernfalls er abziehen und das Ruhrgebiet sich selbst überlassen werde. Eine „außändige Stelle“ liege diese Forderung demenziieren, indem sie erklärte, daß über eine derartige Forderung des Essener Militärbeauftragten nichts bekannt sei. Demgegenüber steht jetzt die Freiheit fest, daß „die zuständige Stelle“, nämlich das Reichswehrministerium, am Spätnachmittag des 11. April mehrere Stunden lang mit dem Essener Militärbeauftragten über ein Ultimatum verhandelt habe. Bei diesen Verhandlungen gelang es dem Reichswehrminister nicht, Oberst v. Baumback zum Gehorsam und zum Aufheben seiner Forderungen zu bringen. Man entschloß sich deshalb, den parlamentarischen Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium, den Abgeordneten Stock, nach Essen zu senden, damit er in persönlichen Verhandlungen die Schwierigkeiten beseitige. Offiziell wird die Weise des Unterstaatssekretärs damit begrüßt, daß er als Vorsteher der im Reichswehrministerium eingeschickten Unterhöhungskommission zum Zwecke verschiedener Prüfungen in das Ruhrgebiet abgereist sei. Das Deement des Reichswehrministeriums ist nach diesen, aus unbedingt zuverlässiger Quelle kommenden Mitteilungen unrichtig, und die Freiheit bestont, daß das Vorgehen des Oberst v. Baumback in der Folge ebenso eine Bestätigung finden wird, wie die Beschwerden gegen die Brigade Epp troh aller Absegnung ihre Bestätigung gefunden hätten.

Selbst der östnischen Zeitung, die im Herzen durchaus mit der Forderung des blutdürstigen Obersten einverstanden ist, geht dieses Auftreten des Militärs gegen den Strich. In einer Notiz „Wallenstein erneut“ kommt sie nach einem Wenn und Aber zu folgendem Schluß:

Das ändert aber nichts daran, daß solche Wallensteinerei im Interesse des Gesinnungswohl aufs schärfste zu tabuieren ist. Es gäbe nach Wahrheit des staatlichen Empfindens, zu dem die alte Zeit und erzeugen hätte, darauf nur die eine Antwort, daß der ausfälige Offizier sofort seines Postens enthebt und vor das Kriegsgericht gestellt würde. Die Regierung selbst trifft die Schuld, wenn ihre Autorität so zerstört ist, daß sie zu einem solchen Schritt der Staatsnotwendigkeit nicht mehr fähig ist.

Was wir den Herren Müller und Gehler zur Notiz empfehlen. Das gilt nicht nur für den Fall Baumback, sondern ebenso für die Fälle Watter, Schöler und Löschberg und unzählige mehr.

### Ist der Reichswehrminister blind? Verfassungstreue Truppenzelle werden geschurrigelt.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Ein eigener Drahtberichterstatter des Vorwärts meldet aus Hamburg: Die in weitem Umkreise von Hamburg liegenden Reichswehrtruppen haben am Montag von dem Stettiner Wehrkreismando den Befehl erhalten, zum Grenzschutz an die polnische Grenze abzugehen. Auf dem Hamburger Telegraphenamt wurden gleichzeitig folgende Telegramme mit übereinstimmendem Text von einer Anzahl Offiziere abgesandt: „Ab am 14. nach Indien.“ Daraan schlossen sich Abschiedsgrüße an Privatleute. Ein Offizier telegraphierte an einen Bizefelsdorff: „Abreise Blöcklin, Ihre Entlassung Quatius, brauchen Sie in einzigen Tagen, der Truppenteil wird gesäubert.“ Wie der Korrespondent des Vorwärts aus wohl informierten Kreisen erfährt, handelt es sich ganz offenbar darum, daß die in Frage kommenden Truppenteile, deren Mannschaften und Unteroffiziere sich während des Kapp-Putschs als verfassungstreu erwiesen, an Orte gebracht werden sollen, wo sie — nach der Anerkennung eines Offiziers gegenüber dem Gewehrsmann — „hinter Bretter gesetzt und wieder in das richtige Fahrwasser“ gebracht werden sollen.

### Entwaffnung der Freiwilligen in Anhalt und der Provinz Sachsen.

Wie dem Leipziger Tageblatt aus Halle berichtet wird, hat Oberpräsident Hörling, um dem anhaltenden Kampf um die Freiwilligen-Regimenter ein Ende zu machen, für die Provinz Sachsen und für den Kreisstaat Anhalt angeordnet, daß die von ihm näher bezeichneten Freiwilligenverbände unverzüglich, spätestens bis 15. April, sämtliche in ihrem Besitz befindlichen Waffen und Ausrüstungsgegenstände abzugeben haben. Zuverhandlungen werden mit Erfolg bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bekräftigt.

Das entschiedene Vorgehen des Oberpräsidenten steht wohl-tuend von dem Verhalten der sachsenischen und sächsischen Regierungen ab. Hinsichtlich wird man auch an anderen Stellen nun diesem Beispiel folgen. Insbesondere muß von der sächsischen Regierung, die ihre Unzulänglichkeit höchst immer mit formlosen Bedenken und mit dem Hinweis auf die Unzulänglichkeit zur Lösung dieser Frage entschuldigt hat, gefordert werden, daß auch sie nun endlich dem bestätigten Verlangen der Arbeiterschaft nachzählt und die Entwaffnung der reaktionären Freiwilligenformationen durchsetzt. So viel Selbstständigkeit wie ein preußischer Regierungspräsident, also eine doch immerhin untergeordnete Regierungsstelle, muß doch die sächsische Regierung auch haben.

### Maechers Nachfolger.

U. Dresden, 13. April. Die Leitung der militärischen Unternehmungen im Vogtlande hat Generalmajor v. Stolzmann, ein geborener Hesse, übernommen, der vorläufig mit der Leitung des Wehrkreiskommandos IV beauftragt ist.

### Englisch-französische Verständigung?

Nach einer Pariser Meldung stellte Lord Derby am Montagnachmittag Millerand einen Besuch ab, um im Namen seiner Regierung um einige Aufführung zu bitten. Der Temps sagt: Wenn, wie es nach der Unterredung den Anschein hat, ein Einverständnis zwischen der englischen und der französischen Regierung erzielt ist, so ist es wahrscheinlich, daß Bonar Law heute im Unterhaus eine Erklärung abgeben wird. Unter diesen Umständen werde Millerand morgen in der französischen Kammer das Wort ergreifen.

Nach einem Privattelegramm des Temps aus London vom Montagnachmittag glaubt man auch in englischen Kreisen, daß der Zwischenfall als beigelegt gelten kann. Man hofft dort, daß die Kreise, wenn es überhaupt eine Krise gab, heute ihr Ende erreicht hat.

### Ruhrland nimmt die litauischen Bedingungen an.

Kowno, 12. April. Thütscherin hat mitgeteilt, daß Rußland die Unabhängigkeit Litauens vorweg anerkenne und es nicht erst bei den Friedensverhandlungen erfordern wolle, daß es wegen der Grenzen Litauens die von der litauischen Regierung aufgestellte ethnologische Grundlage annehme und hinsichtlich der Städte Wilna und Grodno den litauischen Standpunkt teile. Wegen des Ortes der Friedensverhandlungen wolle es jeden Vorwurf der litauischen Regierung in Erwägung ziehen.

Werden durch das Entgegkommen Ruhrlands die Schwierigkeiten für eine Verständigung mit Litauen beseitigt, so wird damit andererseits die Verständigung mit Polen erleichtert, weil Polen ebenfalls grundsätzlich die Wiederherstellung der polnischen Grenzen nach dem Stande von 1772 fordert.

### Belagerungszustand in Jerusalem.

Amsterdam, 12. April. laut Times ist in Jerusalem der Belagerungszustand verhängt worden. Die Rücksicht der jüdischen Unruhen sind verhaftet. Die Stadt ist ruhig. Die Bauten und Gebäude sind wieder geöffnet. Bei den jüngsten Zusammenstößen wurden 5 Juden und 4 Mohammedaner getötet. 6 Juden, 22 Mohammedaner und 2 Christen verwundet.

### Fortschritte der englischen Arbeiterpartei bei Nachwahlen.

London, 10. April. (Reuter.) Bei der Erstwahl in Dartford wurde Mills (Arbeiterpartei) gewählt. Hier war bei der letzten Wahl der Koalitionsliberalen gewählt worden.

Bei der Erstwahl in Stortford wurden Greenwood (Koalitionsunionist) mit 22847 und Gilkes (Koalitionsliberaler) mit 22866 Stimmen gewählt. Sir Den Monet (Arbeiterpartei) erhielt 16042, Berry (Kooperative und Arbeiterpartei) 14434, Einfall (Unabhängig) 5644, Terrett (Unabhängig) 5548 und O'Brien (Republikaner der irischen Arbeiterpartei) 2880 Stimmen. Bei der letzten Wahl waren die Koalitionsliberalen ohne Gegenkandidaten gewählt worden.

### Frankreichs militaristischer Putsch.

W. O. Die politischen Ereignisse jagen sich in revolutionären Zeiten in so schneller Folge, daß selbst den ein geweihten Politikern es nicht immer leicht ist, ein richtiges Bild von der jeweiligen politischen Konstellation zu erhalten. Deshalb tut zeitweise Befinnung und Umlauf, Rückblick und Ausblick besonders gut. Über den kleinen Ereignissen, die oft so sensationell erschütternd wirken, dürfen die großen Linien nicht vergessen werden, und mancher Vorfall, den wir im Augenblick nach der Stimmung gewertet hatten, in der wir uns gerade befanden, findet eine wesentlich andre Wertschätzung bei der Betrachtung unter dem großen Gesichtswinkel des letzten Ziels.

In besonders hohem Maße gilt dies von den Ereignissen in der äußeren Politik, die leider in Deutschland noch immer unter dem Gesichtswinkel innerpolitischer Wertung betrachtet werden. Selbst die große Idee der Weltrevolution hat davon bisher wenig ändern können. Es ist nicht nur die deutsche Bourgeoisie, die in den Maßnahmen irgend einer ausländischen Regierung den Ausdruck des Volkswillens jener Nation zu sehen glaubt. Es ist auch ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft, der noch immer dieser Denkweise unterliegt. Selbst die Arbeiter, die völlig verstehen und dank ihrer revolutionären Erfahrungen sehr wohl wissen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes keineswegs dafür verantwortlich zu machen ist, wenn die deutsche Regierung mit militärischen Maßnahmen im Ruhrgebiet und in der neutralen Zone eingreift, selbst die Arbeiter, die sich wohl dessen bewußt sind, daß solche Regierungshandlungen ein Ausdruck militaristischer Willkür, nicht aber der Ausdruck des Volkswillens sind, selbst diesen Arbeitern fehlt es nicht selten am Verständnis dafür, daß auch die Maßnahmen ausländischer Regierungen nicht immer oder sogar selten der Ausdruck des Volkswillens sind.

Es ist kein Zweifel, daß die deutsche Regierung, als sie in die neutrale Zone des Ruhrgebiets ihre Truppen einmarschierten ließ, sich eine Verleugnung des Friedensvertrags zuschulden kommen ließ. Nach dem Artikel 43 des Friedensvertrags ist der deutschen Regierung „die ständige oder zeitweise Unterhaltung oder Ansammlung von Streitkräften in der neutralen Zone untersagt“. Auch das Zusatzabkommen vom 9. August 1919, durch das die Regierung die Erlaubnis erhielt, eine bestimmte Zahl von Formationen „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ in den Gebieten der neutralen Zone zu verwenden, bildet keine Rechtfertigung für die Maßnahmen der deutschen Regierung. Die Regierung bemüht sich vergeblich, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Kopfzahl der Truppen nicht höher ist, als dieses Zusatzabkommen es gestattet. Abgesehen davon, daß die Nachrichten über die Zahl der im neutralen Ruhrgebiet verwendeten Truppen durchaus widersprechend und deshalb unglaublich sind, ist dies ein neuer Versuch, die öffentliche Meinung auch des Auslandes irreforzieren. Das Zusatzabkommen legt nämlich nicht etwa nur die Kopfzahl, sondern aufs eingehendste die Formationen und ihre Zusammensetzung fest, wodurch insbesondere die Zahl der Maschinengewehre und Geschütze aufs genaueste festgelegt sind. Diese Bestimmungen aber sind von der Regierung zweifellos verletzt worden. Damit war der Zustand des Artikels 44 des Friedensvertrags gegoben: „Jeder etwaige Verstoß Deutschlands gegen die Bestimmungen der Artikel 42 und 43 gilt als feindselige Handlung gegen die Signatarmäthe des gegenwärtigen Vertrags und als Versuch einer Störung des Weltfriedens.“ Danach war klar, daß der Verstoß der deutschen Regierung nicht die französische Regierung allein anging, sondern eine Angelegenheit der Signatarmäthe des Friedensvertrags war, ja daß er als Verstoß einer Störung des Weltfriedens vor das Forum des Völkerbundes gehörte. Keine Bestimmung des Friedensvertrags gab der französischen Regierung das Recht, deutsche Städte in der neutralen Zone zu belecken. Trotz aller Schuld der deutschen Regierung bleibt dieses Vorgehen Frankreichs ein nacher militärischer Gewalttat.

Soweit die objektiven Tatsachen. Die bürgerliche Ideologie und Mentalität findet allein Ursache zur Entstörung und neuer chauvinistischer revanchistischer Hege. Damit kann der deutsche Arbeiterschaft nicht gedient sein, damit kann für revolutionäres Denken des Problems nicht gelöst sein. Zunächst gibt es eine durchaus verständliche psychologische Entschuldigung für die militärischen Maßnahmen Frankreichs, wenn man sie zunächst einmal als rein

militärische ansicht und den Militärs die Verantwortung dafür überlässt. Die französischen Militärs, Foch und seine Generäle, leben in der dauernden Furcht eines nahe bevorstehenden Revanchekrieges Deutschlands gegen Frankreich. Nicht nur die Alddeutschen, nicht nur die Reaktionäre und Kapp-Putschisten, auch die Regierungen der Herren Ebert, Scheidemann und Bauer haben durch ihr Verhalten dieser Furcht stets neue Nahrung gegeben. Leere Drohungen, drohende Phrasen, waren die Grundlage der deutschen Außenpolitik, während im Lande selbst für jeden Einwohner die nächste Herrschaft einer struppelosen Militärlamarilla einwandfrei zu erkennen war. Alle Mahnungen und Warnungen der Signatarmäthe des Friedensvertrags sind eindeutig an den deutschen Regierungen vorbeigegangen. Die Anklagen Riehels wie die Warnungen Rollets, die Drohungen Fochs wie die Politik Churchills sind in gleicher Weise unbeachtet geblieben. Deshalb suchte die französische Generalität bei jeder Gelegenheit die Stellung des deutschen Militarismus durch neue Niederlagen zu schwächen, deshalb sah sie in ihrer blauen Furcht im Einmarsch in die neutrale Zone bereits eine Verschlebung der Front und eine Art Offenkundigkeit gegen Frankreich. Deshalb nahm sie die Gelegenheit wahr, ihre überlegene Stärke nochmals schmeichelnd durch das Aufgedot einer großen Truppenmacht zu beweisen.

Wenn also allein Militärs für die Politik verantwortlich wären, so wäre immerhin einiges Verständnis für die französischen Maßnahmen gegeben. Dass aber die verantwortlichen politischen Leiter entweder nicht genügend Scharfsinn besitzen, um die Argumente des französischen Militarismus zu durchschauen und zu widerlegen, oder aber, wenn auch in Frankreich die Macht des politischen Bürgertums und somit der Staatsregierung gegenüber der militärischen Organisation wehrlos ist, so gewinnt dadurch das Problem eine neue Seite und diese ist es, die für die Arbeiterschaft nicht nur Deutschlands, sondern für die gesamte revolutionäre Bewegung von größter Bedeutung ist.

Dem Kenner der französischen Politik ist es kein Geheimnis, dass die Politik der französischen Regierung genau so wenig einheitlich, genau so ziel- und planlos wie die der deutschen Regierung ist. Bald sich dem Einfluss der übermächtigen Militärfäste beugend, bald in Furcht vor revolutionären Abwehraktionen der französischen Arbeiterschaft vom einmal eingeschlagenen Wege ausbiegend, bald in aufwallender Beschwörung gegen die eigenen Verbündeten schwere Anklagen erhebend, bald wieder reumütig von ihnen Bestand und Hilfe erbittend, bald die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des gemeinsamen Wiederaufbaus mit Deutschland erkennend, bald alle Hoffnungen auf leichte imperialistische Erpressungen sehend, schwankt die Politik, das Volk immer von neuem seelisch erschütternd und aufpeitschend wie ein Rohr im Winde. Mitten in diese schwankende Politik hinein nun schlägt wieder einmal ganz analog dem Unternehmen der Herren Lüttwitz und Kapp ein militärischer Putsch, der nicht allein von außenpolitischer Bedeutung, sondern in hohem Maße von innerpolitischer Tendenz ist. Gelang es der Militärlamarilla in Frankreich mit der Besetzung der Gebiete in der neutralen Zone einen neuen Sieg zu erringen, würde diese Politik der Tat und der starken Hand durch die Verbündeten gedeckt und somit vor der Welt gerechtfertigt, so wäre Frankreich aus seiner Rolle der Hilflosigkeit innerhalb der Signatarmäthe des Friedensvertrags plötzlich wieder zur politisch führenden Macht aufgestiegen. Dann wäre aber auch innerpolitisch die Herrschaft der Militärfäste aufs neue voll gesetzigt worden. Der Putsch des Herrn Foch war ein Versuch, die innerwischen schwer diskreditierte Machtpolitik des französischen Militarismus neu zu kreditieren. Die Besinnungsperiode, in die das französische Volk allmählich hineintreibt, den Wahns der Machtpolitik und die Weisheit der Verständigungspolitik erkennend, diese Besinnungsperiode sollte durch einen Gewaltakt beendet werden. Dieser Versuch ist mißlungen. Der französische Militarismus steht plötzlich vor aller Welt bloßgestellt, einsam und verlassen als Verbrecher am Weltfrieden da. Dass englischer und amerikanischer Imperialismus allein um ihres eigenen Interesses willen und nicht aus höchster Menschenfreundlichkeit und Gerechtigkeit diese Niederlage des französischen Imperialismus herbeiführen, bedarf keines Beweises. Die Tatsache aber bleibt bestehen, dass der militärische Putsch in Frankreich genau so mit einer Niederlage geendet hat wie in Deutschland. Der Sturz des Kabinetts Müller und der schon heute als sicher gelten kann, ist die Quälkunst darüber, dass der französische Militarismus schwer geschwächt aus dieser Niederlage hervorgeht. Wie in Deutschland die militärische Niederlage eine neue Revolutionierung der Massen und eine Stärkung der revolutionären Idee zur Folge gehabt hat, so wird auch in Frankreich die revolutionäre Arbeiterschaft den Gewinn der militärischen Niederlage für sich buchen können. Unter diesem Gesichtswinkel wird es auch notwendig sein, alle weiteren Vorgänge, die die nächsten Tage uns noch auf außenpolitischen Gebieten bringen werden, zu werten.

## Eine schlechte Vertheidigung.

Berlin, 12. April.

Die Regierung trat vor die Nationalversammlung, um eine Erklärung abzugeben über ihre Haltung während der letzten Ereignisse. Sie steht vor dem Trümmerhaufen ihrer Politik. Neue wichtige Ereignisse bereiten sich vor. Die militärischen Putschisten rüsten auf. Von Süddeutschland kommen Nachrichten, die Schlüsse auf eine Osttrennungsbewegung in Süddeutschland zulassen. Die Einwirkung des Militärs auf die Entscheidungen der Regierung lädt sich nicht verschleiern. Die Situation erfordert grösste Offenheit. Eine Regierung, die in solcher Situation keine klare Sprache führt, begünstigt die Pläne der Gegenrevolution.

Die Regierung hat keine klare Sprache geführt. Die Rede des Reichskanzlers Hermann Müller war ein Plädoyer für die Regierung. Er erhob Anklage um Anklage gegen die französische Regierung, um hinter den Anklagen die eigene Schuld zu verborgen. Für eine bürgerliche Regierung ist es nicht schwer, die Entrüstung über den französischen Vormarsch so zu stilisieren, dass sie die französische Regierung vor verdecktem Nationalempfinden ins Unrecht setzt. Die Regierung Hermann Müllers hat sich die Vertheidigung ihrer Außenpolitik sehr leicht gemacht. Der böse Wille der französischen Regierung allein trägt die Schuld — die deutsche Regierung hat nur ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung erfüllt. Der bürgerlichen Denkwweise mag diese Vertheidigung genügen — um so mehr, als der Einmarsch ins Ruhrrevier im Interesse des Bürgertums erfolgte.

Der Arbeiterschaft gegenüber bedeutet die Rede Hermann Müllers keine Rechtfertigung. Hinter der Schuld der fran-

zösischen Regierung, hinter der Schuld der Lüttwitz und Co. müssen sich die Schuld der Koalitionsparteien nicht verborgen. Der Reichskanzler gab eine Geschichtsdarstellung der Ereignisse im Westen, die sich auf die Darstellungen der Militärs und der bürgerlichen Presse stützte, und die durchaus erfüllt war von dem Verdienst, die Bolschewistensucht zur Vertheidigung der Regierungshandlungen zu benutzen.

Er entschuldigte das Militär. Er wußte nichts von dem Willen des weißen Schrems. Er versuchte, die Wahrheit zu verschleiern, um die Notwendigkeit des Einmarschs der Reichswehr zu beweisen.

Das Bedeutendste in der Müllerischen Rede aber war die Erklärung über die Einwirkung der Gewerkschaften. Er leugnete jede Einwirkung und drohte für den Fall einer Einwirkung seine Demission an. Diese Erklärung, die der Rückicht auf die Militärs und auf Süddeutschland entstand, entwertet alle Zugeständnisse, die von der Regierung auf die Forderungen der Gewerkschaften gemacht worden sind.

Die Regierung hatte die Absicht, die Müllerische Rede als parlamentarisches Ereignis, als großen Tag zu kennzeichnen. Das Haus aber war schlecht besetzt, und die Rede Müllers fand keinen großen Widerhall. Unterstützung fand er fast nur bei den bürgerlichen Parteien, wenn er gegen den Putsch von links, gegen den Bolschewismus, gegen das „Gestindel“ sprach.

## Die harmlose Regierung.

Die Koalitionsregierung Müller-Gehrer mag von Übergriffen des Militärs nichts sehen. Das heißt, es erscheint am bequemsten in solchen Fällen, zu erklären: Mein Name ist Haic, ich weiß von nichts! Ein klassischer Beleg dieser Jammerhaftigkeit ist die folgende Notiz „Künftige Regelung von Jurisprudenz“ der regierungsoffiziösen Deutschen Allgemeinen Zeitung:

Wenn es zutrifft, was einige Berliner Blätter melden, ist in Erfurt das Organ der Unabhängigkeiten, Die Tribune, unter Vorzensur gestellt worden. Wie erfahren hierzu aus dem Reichswehrministerium, daß Unstimmigkeiten in allen Fragen der Zensur und Vorzensur der Reichswehrminister sich die persönliche Entscheidung vorbehalten hat, bis die vollaufgehende Gewalt überall auf Staatselemente übergegangen ist.

Die Reichsregierung weiß also nichts mehr von dem heilsamen Skandal, der sich seit mehreren Tagen schon in Erfurt abspielt. Seit dem 9. April erscheint das Erfurter unabhängige Blatt Die Tribune unter Vorzensur. Dabei ist der Belagerungszustand über ganz Thüringen durch den Reichswehrminister aufgehoben worden, wobei natürlich auch die preußischen Teile dieses Gebiets einbezogen sein müssen, da es in jener Programmrede des Reichswehrministers, in der er vor Pressevertretern die Maßregel ankündigte, ausdrücklich hieß: in kurzer Zeit werde die Aufhebung „auch in andern Teilen Preußens folgen“. Aber was schert das die militärischen Herren des Landes! Tag für Tag kommt das Blatt mit großen weißen Flecken heraus. Am 9. April war ein Artikel von anderthalb Spalten vom Senator rechts los gestrichen worden. Nur die Überschrift „Ein ungeheureliches Verbrechen“ war behangen worden. Die Redaktion bemerkte dazu:

Von diesem Artikel hat der Senator nur die Überschrift sichergestellt, obwohl er schon in einigen unter Parteiblättern zum Abbau gekommen ist. Wir sind zur Zeit machtlos gegen diesen standhaften Zustand, der ein Teil eines viel gestellten Stolzes der Demokratie über das Kappregime ist. Immerhin sind wir begiebt, was die am Montag zusammengetretende Nationalversammlung dazu sagen wird, da die Regierung und die Staatssenatoren der Reichsregierung sich als machtlos erwiesen haben.

Und zu diesem Skandal hat der Reichswehrminister nichts weiter zu sagen, als das Verlegenheitsgestammel der oben wiedergegebenen Notiz. Wir nehmen an, dass die sozialdemokratischen Fraktionen der Nationalversammlung ihm bestmöglich machen werden, dass er seinen Militärs gefälligst endlich Zügel anzulegen hat. Die schleunige Aufhebung des Belagerungszustandes ist die einzige befriedigende Maßregel, die gegen diese militärischen Ausschreitungen getroffen werden muss.

## Die Gegenrevolution in Bayern.

In einem Artikel des Berliner Tagessatts, der eine ganze Reihe von Tatsachen über die Organisierung der Gegenrevolution in Bayern aufzählt, heißt es:

Man rüstet in München mit sieberhafter Eile. Bundesgenossen sucht und findet man in monarchistischen Kreisen; in einer machlosen, wütenden antisemitischen Hebe, die vor Insultierung ausländischer Pressevertreter, die bei einer Demonstration nicht mitmachen wollten, nicht zurückstellt; in den bloßgestellten separatistisch-französisch-fremden Kreisen; in den vollständig eines vereinigten Denkens und fühlbar gewordenen Studenten- und Hochschullehrerkreisen; in den Zeitschriften, die sich ihrer Auflösung widerstehen (und nicht nur das: das Freikorps Oberland, dem die Note der Entente vom 12. März nicht unbekannt ist, erklärt Werbeaufträge und errichtet Werbestellen). Es ist seinerzeit aufgetreten worden von dem kleinen Leiter des württembergischen Volksbeobachters, dem mit Verleidigungsklagen nicht beizukommen ist; denn er ist entmündigt. Ein jedes Mittel, wenn man sich der Verantwortung entziehen will.

Die Höhe aber ist folgend: Zeitungsanzeige:

Die Werke der amtlichen Technischen Polizei befinden sich noch wie vor Leopoldstraße 18, die Werke des Bayerischen Ordnungsbüros und seiner Technischen Ordnungspolizei Eilenstraße 5, Pension Feldhüter (eine Zentrale aller solcher Unternehmungen).

Will die Reichsregierung die Versammlung zerstören? Provokiert sie abschließlich militärische Streife, um uns vollends zu vereilen? Will sie Reichs- und Einwohnerwehren entwaffnen, die Sparten über bewaffnen?

Alles das wird fest behauptet. Die Reaktion ist in München auf dem Marsch, und jeder Augenblick kann uns die unliebsamste Überraschung für das Reich geben.

Über die schon kurz mitgeteilte Drohrede des Ministerpräsidenten von Raabe gibt dasselbe Blatt folgende ausführlichere Angabe:

Meine Herren! Sie kommen in beglückendsten Stunden Bayerns, und ich weiß mich mit Ihnen eins, dass sich Bayern einer Auflösung der Einwohnerwehren mit allen Mitteln widerstehen muss. Ich habe in Berlin das bestimmte Verlangen gehört, dass der Orla über die Auflösung der Einwohnerwehren widersetzen werde, und keinen Zweifel darüber gelassen, dass im Falleschafte die Folgen nicht zu übersehen seien. Zugleich ist nach Vage der Dinge leider damit zu rechnen, dass die Reichsregierung sich nicht unbedingt auf einen Standpunkt stellen wird. An diesem Punkt wird Bayern seinen Weg weiter gehen, selbst auf Kosten einer vorübergehenden Trennung Bayerns vom Reich. Die Lage ist überaus ernst. Was die nächsten Tage, ja Stunden, bringen können, wissen wir nicht. Wir wissen aber, dass, wenn die Reichsregierung auf ihre Vorstellungen hin nicht entschieden handelt, unsre Wege sich von denen des Reiches trennen werden und mit einem vorübergehenden Auscheiden Bayerns aus dem Reichsverbunde gerechnet werden muss.

Wir erwarten, dass die bayrische Reaktion die Rechnung ohne die bayrische Arbeiterschaft gemacht hat, die sich gegen jeden Versuch, die Einheit des Reichs zu zerstören, oder von Bayern aus das Reich mit einem neuen Kapp-Putsch zu überziehen, mit aller Kraft zur Wehr setzen wird.

## Ein Ausschuss zur Untersuchung der militärischen Kapitalen und -Gelder.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, dass im Reichswehrministerium ein Untersuchungsausschuss zur Untersuchung der Belastung der verschiedenen Reichswehrkontingente zur Zeit des Kapp-Putsches geschaffen worden ist. Zum Untersuchungssekretär ist der Mehrheitssozialdemokrat Stoß aus Düsseldorf ernannt worden, der sich sofort nach Antritt seines Amtes ins Kabinett begeben hat, um dort die ersten Untersuchungen in die Wege zu leiten.

## Die Lage im Ruhrgebiet.

### Unverantwortliche Heze.

Die bürgerliche Presse enthält eine Meldung über die militärische Lage im Ruhrgebiet aus Münster, die nur aus freien Äugen besteht. Es heißt in ihr u. a.:

rote Truppen sammeln sich im Abschnitt Gevelsberg-Schwellen-Bornen-Oberfeld. Hier soll Widerstand bis zum äußersten geleistet werden. Die Stärke der anlässigen roten Armee Oberfeld und Bornen ist 8000 Mann, die sich jedoch bei einem Angriff der Reichswehr sofort auf etwa 10 000 Mann erhöhen wird. Dann kommen noch die sich jetzt auf Bornen zurückziehenden Rotgardisten aus dem andern Industriegebiet, so dass man mit einer Gesamtzahl von 30 000 Mann zu rechnen hat.

Mit solchen in allen Punkten unwahren Meldungen wollen die Militärs, entgegen dem Willen der Regierung, den Einmarsch der Reichswehr in das bergische Land erzwingen. Das zeigt, dass die Militärs, die mit der Feder kämpfen, eine ebenso große Gefahr sind wie die, die Gewehr und Handgranaten als Waffen benutzen. Herrn Severing scheint diese Erkenntnis noch nicht ausgedämmt zu sein, sonst hätte man wohl von ihm erwartet, dass er diesem Treiben mit aller Entschiedenheit entgegentrete.

Wie die Lage im bergischen Land in Wirklichkeit ist, das haben die Oberhäupter dieser Städte dauernd in Telegrammen an die Regierung und nach Münster berichtet. Auch jetzt ist dort alles ruhig, was sich allerdings sofort ändern würde, wenn die Reichswehr einmarschierte.

Überfeld, 18. April. Der Milizausschuss, der sich nach dem Kappischen Putsch aus den drei sozialistischen Parteien gebildet hatte, hat sich gestern aufgelöst und wird durch einen Erziehungsausschuss ersetzt. Der Zentralrat, der seinen Sitz in Barmen hatte, hat sich ebenfalls aufgelöst und hat den geschäftsführenden Ausschuss mit der Erledigung der vorliegenden Angelegenheiten betraut.

### Rechtssozialisten gegen Waller und Severing.

Die rechtssozialistische Partei des Wupperfelds wendet sich gegen die unzulängliche Erklärung Wallers und Severings. Es hat folgendes Telegramm an den Reichsstaatsrat Müller gerichtet:

Die heute, den 11. April 1920, im Hotel Henkel in Barmen tagende Sitzung der Vorstände der S. P. D. von Barmen-Gohnde halten die Bekanntmachung Severing-Waller für völlig ungültig. Kein Abgleich kann damit zur Gültigkeit beanspruchen. Viele laufende und herrenlose Flüchtlinge belasten Städte materiell und in Ernährung sehr stark. Geschworene Altkleider, gesuchter Aufenthalt in der Heimat nach allen Flüchtlingslagern, auch denen, die nach dem 8. April die Waffen abgaben, und die keine kriminellen Verbrechen begangen haben, durch Kabinettbeschluss zugestellt werden.

Reichswehr hat wiederholt in Velbert, südlich der Ruhr, sozialdemokratische Belegschaften beider Richtungen verhafte, deren Männer durchsucht und Geschichten der Genossen angebracht. Genossen muhten Nächte, Reichswehr am 8. April bis Hattinghausen bei Barmen, 10 Kilometer südlich Ruhr, entgegen der Regierungserklärung, vorstoßen.

Vorstände der sozialdemokratischen Partei Barmen-Oberfeld-Wohlfeld, J. A.: Ullmann, Winkelhake, Kohlhase.

## Frankreichs geheime Pläne.

Das Wohlfeile Bureau verbreitet eine amtliche Meldung, nach der in einer Konferenz höherer französischer Offiziere, die in Mainz stattgefunden, die politische Forderungen für die gegenwärtige Entwicklung Frankreichs festgelegt worden sein sollen. Darin heißt es:

Die Rheinlinie ist nötig, um uns dauernde Sicherheit und die Gewalt zu geben, dass wir vor Revanche-Szenen der deutschen Militärfäste gewahrt sind. Wohl ist die Belebung des linken Rheinufers von großer Bedeutung, aber mit Ausnahme von Köln, dem englischen Sektorabschnitt und einigen sonstigen Kapitalzentren befindet sich auf dem linken Rheinufer kein großer funktionsfähiger Industrieort. Deshalb müsste dem Kaiserstaat auch der rechte Rheinufer geknüpft werden, der Frankfurt a. M. und Umg. das Ruhrtal und die Düsseldorfer Industrie umfasst. Köln wird in 4 Jahren geräumt, Koblenz wohl auch. Wenn vorher die rechte und linke Seite des Rheins nicht angegliedert sind, können wir erleben, dass wir Mainz und Wetzlar auch angegriffen müssen. Bis dahin sind die Schutzen nicht bezahlt, ist Deutschland wieder hinzugewonnen und bildet eine Gefahr, besonders durch seine Kohlen, seine Industrie-Technik und den Rhein, der den Kanal für die Rohstoffe nach Rheinland, Westfalen und Süddeutschland ist.

Weiter wird geagt, die Verlegenheit Deutschlands müsse ausgenutzt werden, um Vorteile für Frankreich zu erringen. Die Alliierten müssten vor vollendete Tatsachen geholt werden. Deutschland wäre am besten in 5 bis 6 größere Bundesrepubliken zu zerlegen und zwar: 1. Bayern, Baden, Württemberg, 2. Rheinland-Republik mit beiden Ufern, 3. Im Norden Pommern, Mecklenburg, Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein, die in der Hauptstadt Bremen als Assoziation sind; die Hansestädte sind dann belanglos, 4. Thüringen und Sachsen als Industriezentren und als Mitteldeutsche Republik, 5. Berlin mit Schlesien und einem kleinen Teil Pommerns mit der Mark als kleine Republik in der Art wie Wien und Budapest.

Es wird ausgeführt, dass die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlandsslug ausgenutzt werden müssten, und dann geagt:

Im Bunde mit dem schwer zerstörten Belgien können wir auf Grund verschiedener Paragraphen des Friedensvertrages einzuschließen und uns festlegen. Zugleich müssen wir die mittlere Kapitalistische Richtung in Deutschland und die U. S. S. R. für uns interessieren, als negative Bundesgenossen gegen die Berliner Regierung, und ihnen glauben machen, dass ihr Elend von Berlin kommt, damit sie auf Berlin und die Regierung marschieren. Dann können wir, wenn im Ruhrgebiet Aufstand entsteht, mit den Belgien als Nachbarn und mit meinen Interessen dort einstimmen. Bis dahin ist der rechte Flügel bestellt und administrativ beruhigt. Haben wir aber die beiden Flügel so fest die Mittte gegenüber dem englischen und amerikanischen Abhang wie aus einer Zange umfasst, so kann der Krieg beginnen.

Ob die amtliche Darstellung in allen Teilen richtig ist, lässt sich noch nicht beurteilen. Man wird zunächst einmal die Erklärung der beteiligten französischen Kreise an dieser Darstellung abwarten müssen. Im übrigen deuten verschiedene Wendungen in dem Bericht darauf hin, dass er für bestimmte innerpolitische Zwecke geschwungen ist.

## Deutschland.

### Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

wird voraussichtlich Ende Juni oder Anfang Juli stattfinden, und zwar werden für die einzelnen Gebiete zeitlich getrennte Abstimmungsstermine festgesetzt werden. Für Ostpreußen, mit Ausnahme des Kreises Allenstein, wird bisher der 27. Juni als Abstimmungsstermin angesehen.

## Neine Ausübung der oberschlesischen Mandate.

Nach einer Meldung der Preußischen Zeitung hat der Präsident der Antikommunistischen Kommission für Oberschlesien dem neuen Bevollmächtigten mitgeteilt, dass alle oberschlesischen Mandate zum Schlesischen Landtag suspendiert seien. Besucher des Landtages dürfen nicht nach Oberschlesien zurückkehren.

### Er lebt noch.

Der „berühmte“ Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung näherte sich. Wie aus Berlin gemeldet wird, tritt der 2. Untersuchungsausschuss am 14. April zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, in der die Vernehmung des Grafen Bernstorff und des Generalmajors Bösen stattfinden soll.

### Eine neue Waffenpartei.

Verschiedene Blätter melden aus Braunschweig die bevorstehende Gründung einer braunschweigisch-sächsischen Partei unter Vorbehalt des Spitzenkomitees der Deutschen Nationalen Frontlinie der Nationalversammlung. Hauptsache, welche Braunschweig Selbstständigkeit oder Anstellung an ein selbständiges Niedersachsen, Westfalen am monolithischen Gebunden, Stammesleitentum auf volkstümlicher Grundlage erstrebt unter dem Fassungswort „Vor von Berlin bestehen am Reiche!“

\* \* \*

Ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst hat der Oberbürgermeister der Stadt Halle, Dr. Rive, der nach dem Kapp-Putsch von seinem Amt zurückgetreten ist, beantragt.

## kleine Auslandsnachrichten.

### Neue russisch-finische Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlinsche Tidende melden aus Helsingfors: Die russische Sovjet-Regierung hat sich bereit erklärt, am kommenden Sonnabend Delegierte nach dem finnischen Grenzort Syntacek zu senden, um mit Vertretern der finnischen Regierung über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Die Bolschewisten haben ihre Truppen von der Archangel-Front in Richtung auf Petersburg ausmarschiert.

### Eine neue weiße Armee in Ostobrien?

Now russischen Zeitungen ist General Semenoff im Begriff, aus Ostobrien ein neues Heer gegen die Bolschewisten aufzustellen. Er wird auch versuchen, in Ostobrien eine Volksvertretung zu versammeln.

### Neues Wahlgesetz und Neuwahlen in Dänemark.

Wie am Sonnabend das Landsting nahm auch das Folkeeting das neue Wahlgesetz mit den Stimmen der Konservativen, Radikalen und Sozialisten an. Nach dem neuen Gesetz wird nach Dingen in den anderen Distrikten abgestimmt werden. Die Neuwahlen sind für den 22. April angesetzt.

### Japanischer Vorstoß nach Ostobrien?

Das Tokyo wird gemeldet, dass die japanische Regierung an die vorläufige Regierung von Vladivostok eine Note gerichtet hat, in der sie droht, selbst die Ordnung in Ostobrien herzustellen, wenn nicht bald geordnete Verhältnisse eintreten.

### Kämpfe zwischen Japanern und Bolschewisten.

Die Times meldet aus Tokio, dass es in Chabarovsk zu Kämpfen zwischen Japanern und Bolschewisten kam, bei denen auf japanischer Seite sechs Soldaten, fünf Offiziere und 70 Mann fielen. Die Russen hatten 400 Tote.

### Neue Opfer der ungarischen Reaktion.

Die Reaktionäre in Ungarn suchen nach neuen Opfern. Aus Budapest wird gemeldet: Vor dem Standgericht begann heute der Prozess gegen den Budapester Maschineningenieur Stephan Mautner und Genossen wegen Komplots gegen den Verfassungsbeschützer und gegen die Verfassung. Das Ende der Verschwörung war die „Ausrufung der Proletarierdiktatur in Ungarn.“

## Nationalversammlung.

Berlin, 12. April.

Präsident Lehmann teilt mit, dass Telegramme eingegangen sind aus dem Ruhrgebiet, die um Schutz bitten, ferner aus Frankfurt und Darmstadt, die gegen die französische Belagerung Einspruch erheben. Der Präsident berichtet weiter, dass die Ententevertreter den oberschlesischen Abgeordneten die Ausübung ihres Mandats versagt haben. (Große Erregung und Läuse: Unerhört!) Die Ententevertreter sind sogar soweit gegangen, dass sie den oberschlesischen Mitgliedern des schlesischen Provinziallandtages die Macht in die Hand unterstellt haben. (Läuse: Stunde der Entrüstung!) Die oberschlesischen Abgeordneten erheben Einspruch gegen diese unerhörten Angriffe auf die Rechte des deutschen Volkes und der deutschen Volksvertreter und bitten die Regierung, dagegen Widerspruch zu erheben. (Unerhört: Zustimmung.) Am Namen des deutschen Volkes erhebt der Präsident gegen diese unerhörten Eingriffe der Entente auf die politischen Rechte des deutschen Volkes und seiner Vertreter den allerhärtesten Widerspruch. (Unerhört: Zustimmung.) Er bittet die Regierung, in aller Stärke und mit aller Schärfe alle Maßnahmen zu ergreifen, um diesen völkerrechtswidrigen Verhalten der Entente ein Ende zu machen. (Unerhört: allgemeine Zustimmung.) Der Präsident macht weiter davon Mitteilung, dass die Nationalversammlung nur bis in die nächste Woche hinein tagen werde.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme einer Erklärung des Reichsregierung.

Reichsanziger Müller führt aus: Der Präsident der Nationalversammlung hat sofort im Namen der Volksvertretung den schärfsten Protest eingelegt gegen den Entente in Oberschlesien, die die gewählten Vertreter der Nationalversammlung verhindern will, ihr Recht auszuüben. Schonliche Versuche sind von der Entente auch in Maßnahmen gemacht worden. Es scheint sich also um ein einheitliches Vorgehen zu handeln, das angeblich gestützt ist auf Beschlüsse der Völkerföderation in Paris. Ich kann namens der deutschen Regierung versichern, dass wir mit allem Nachdruck gegen dieses Vorgehen protestieren und die Rechte des deutschen Volkes und seiner Volksvertretung wahren werden. (Unerhört: Zustimmung.) Wir leiden heute mitten im Frieden unter der Gewaltanwendung eines im Kriege erstaunlich übermächtigen Militärs (Schriften: Wahrsch!), dem wir nichts entgegensetzen können als unser gutes Recht. Am Main in der französischen Militärs eingerichtet wie in Heidelberg. (Schriften: Wahrsch!) Generale liegen in der Frankfurter Universität beim Goethe-Haus! (Hört, hört! Aufruhr: Unerhört!) Über dem Mainau steht die französische Trikolore. Das verdecktheitliche Abenteuer der Kapp-Lüttich-Dragow-Traub hat, wie fast überall, so auch im Ruhrgebiet die gesamte Bevölkerung im Abwehrkampf gezeigt. Ganz besonders die Arbeiterschaft ohne Mittel auf ihre Parteidisziplinheit schloss sich zu einer schlagkräftigen Macht zusammen und verhinderte, dass unterrevolutionäre Truppenteile das frevelhafte Spiel des Krieges auch ins Ruhrgebiet trugen. Es war ein Verteidigungsbund, das dort in geschlossener Front ausgelegt wurde und zugleich ein drohendes Weitergehen für alle, die jetzt oder in Zukunft unter Missbrauch von Teilen der Reichswehr an Vergewaltigung von Volk und Verfassung denken. Das einzige Volk ist stärker als alles, und alle, Kapp und seine Spiekhelfer waren davon gelagert. Ihre hintermänner von der Rechten rückten mit bewundernswerter Geschwindigkeit von den Kämpfern und ihren Mithelfern ab. (Stille: rechts.) Aber die Erfüllung, dass der Putsch nur durch die Haltung gewisser Kreise der Reichswehr möglich war, dass er in vollstem Einvernehmen des Volkes eine Offiziersrevolte war, ließ sich nicht von heute auf morgen aus dem Wege schaffen. Die Reichswehr hatte das Vertrauen weiterer Volksfreunde verloren, und ganz besonders der Arbeiterschaft.

Mit diesem Misstrauen sah besonders im Ruhrrevier die Arbeiterschaftsleitung den Vorgängen innerhalb des Militärs zu. Sie konnte in diesem Durchhänger, in das die reaktionären Putschisten das Reich geführt hatten, kaum noch erkennen, ob es verfassungstreue oder eiderliche Truppen vor sich hatte. Diese Atmosphäre von Verachtung und Unterdrückung der Arbeiter machten sich die Elemente zunutze, denen es bei der ganzen Aktion nicht um die Verfassung ging, nicht gegen die Putschisten, sondern die sie sich selbst die Gelegenheit zum Putsch ergreifen wollten, um ihre politischen Zielle durchzusetzen. Ganz gewiss, diese Drahtzieher des Kommunismus hatten den Putsch von langer Hand vorbereitet, aber es ist ein weiteres Verbrechen der Kappisten, dass sie den Boden schufen, auf dem die Untergangssoldaten erst Aussicht auf Erfolg hatten. (Schriften: Wahrsch!) Bei der Mehrheit. Widerspruch rechts. Jurat des Abg. Schulz (Dnat): „Hilfloser Fliegengitter!“ Ohne Kapp-Putsch kein Generalstreik, keine Monarchie im Ruhrgebiet. (Erneute lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Wenn die Militärs noch einmal solche Sachen machen würden, würde das deutsche Volk noch einmal zu denselben Mitteln greifen müssen. (Schriften: Wahrsch!) Bei der Mehrheit. Unruhe rechts. In Stelle der imposanten Arbeiterbewegung trat im Ruhrrevier allmählich die rote Armee. Unter den Bassen blieben nur die verbliebenen Vertreter der Machtelite, die sich ergänzten durch den gesamten Panhagel des dortigen Reviers.

Diese Situation, und keiner großen politischen Bewegung, stand die Reichsregierung gegenüber, als sie das Zeichen zum Einmarsch in die neutrale Zone gab. Fast das ganze Volk in allen seinen Massen und Schichten schrie nach Hilfe vor diesem Terror des Verbrechens und der Münzer. Es handelte sich nicht etwa lediglich um die Ausbildung der verfassungsmäßigen Organe, die Eigenschaften von Zugangsstraßen, die Anmahnung von Machthebissen, die wurden von und im Wege der Verstärkung abgestellt, und es wurde versucht, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen ein Abkommen auf Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände zu schaffen. So haben wir in Bielefeld und Münster unterhandelt. Das Gesindel aber galt es abzuschüpfen. Die Festnahme von Gefangen, die Plünderung von Läden, Bäckereien und Kaufhäusern, zahllose Morde und Erpressungen bei Banken und Postanstalten in Höhe von mehreren Millionen Mark für den Sold der Roten Armee, das waren die tatsächlichen Heldentaten der Kommunisten in der neutralen Zone. Kein Zugangsrecht, keine rote Freiheit, keine Parteiorganisation hat irgendeinen Einfluss mehr auf die bewaffneten Horden, die sich neuem Bielefelder Abkommen unterstellt, die mit der Sprengung der Bergwerkschächte drohten, und denen gegenüber alle Parteien mit Einklang der Unabhängigkeit das Einfluss der Truppen forderten, ebenso wie es der Vorsitzende des Zentralrats in Essen, Dr. Stern, vor seiner Flucht in Bremen ihr unerschöpflich erklärt, da der Zentralrat allen Einfluss verloren habe. So war die Lage, auf Grund deren die Reichsregierung bei der Entscheidung des Einmarschverlangens immer wiederholte. Truppen sind nur dort verwandt, wo sie von Anhängern alter Proletarierparteien bringen verlangt wurden. In das Wupperthal, wo die Truppen nicht verlangt wurden, und sie auch nicht hinzugebracht werden. Dort sind verfassungsmäßige Zustände durch die Arbeiterschaft hergestellt worden. Die Waffenabgabe wird restlos durchgeführt. Die Reichswehr darf als Teil des Volkes nur im Falle eines Notfalls gegen andre Teile des Volkes verwandt werden. Es muss eine seelische Vereinigung zwischen Volk und Reichswehr herbeigeführt werden, wenn diese in der Lage sein soll, ihre schwere Aufgabe zu erfüllen. Sollte sie noch nicht volles Verständnis zu finden ist. Wie schwer die Mission ist bei Erfüllung ihrer Aufgaben zu leben hat, beweisen ihre Verluste. Nach den bisherigen Berichten hat die Reichswehr an Toten gehabt: 18 Offiziere und 142 Unteroffiziere und Mannschaften, an Vermissten 6 Offiziere und 88 Unteroffiziere und Mannschaften, an Verwundeten 10 Offiziere und 800 Unteroffiziere und Mannschaften. (Amaltheia Bewegung, Reichswehr hört.) Insgesamt hat die Reichswehr bisher etwa 800 Mann Verluste.

Die Opfer, die die Reichswehr für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände gebracht hat und bringt, sollten sie vor Schädigungen schützen. Niemand lebt mehr Wert darauf als die Regierung, dass Überprüfung unter allen Umständen unterbleiben. Was befanden aber einige Auskrelungen gegenüber den Verbrechen, deren der Panhagel im Ruhrgebiet schuldig gemacht hat? Nach den Berichten hat die Bevölkerung im Essener und Duisburger Bezirk aufgezeigt, als die Reichswehr ihre Arbeit gelöst hatte. Die Hilfszüge aus dem Ruhrgebiet waren kurz vor Ostern so dringend geworden, dass sie die Regierung nur zwecklos anhielten oder abwarten. Sie musste helfen, denn sie hatte die Mittel dazu. Argend-welche militärischen Zielen haben auf die Entscheidung der Regierung keinen Einfluss gehabt. Wir hätten ein längeres Jäger mit der Bekämpfung des Staatsanwalts erkannt. Wie sind ehemalschäf, ohne die Zustimmung Frankreichs zu haben, das die Miliz für unzählige und gefährliche Verhältnisse, wenn sie sich aufstellen und zu deurten muß, Sachen der deutschen Regierung bleibten. (Schriften: Wahrsch!) Es ist eine böswillige Willkür, den Artikel 14 des Versailler Vertrags so auszulegen, wie dass die Entente tut. Die Bestimmung über den Einmarsch deutscher Truppen in die neutrale Zone ist nicht getroffen, um eine Aktion zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zu unterbinden. Ein formalen Vorstoß haben wir begangen. Über wir haben, indem wir eine Bevölkerung von 5 Millionen vor Mann und Waffe und noch schlimmerem bewahrt haben, und keine schändliche Handlung gegen die Signatarmee und keine Säuberung des Weltfriedens schuldig gemacht. Wir haben unser Wirtschaftsleben vor dem Untergang bewahrt, ohne das auch nicht ein einziger Kriegsfall des Verfallenen Vertrags aufrechterhalten werden kann. Deutschlands Wirtschaftsleben ist abhängig von der Ruhrkohle und der Eisenherstellung des Duisburger Gebiets. Bevorstehende Verhältnisse dort und die ständige Drohung Ihrer Wiederkehr sind der Tod der deutschen und der europäischen Wirtschaft. Wir erheben aber gegen die französische Regierung die Ansage, ihrerseits den Verfallenen Vertrag verletzt und ihre Vertragspflichten um jeden Kredit gebracht zu haben. (Schriften: Wahrsch!) Wir erfuhren erst drei Stunden nach der Besetzung von Darmstadt und Frankfurt, dass Frankreich die heimliche Zusage ohne Zustimmung der anderen Signatarmee bestätigte. (Hört, hört!) Ohne Verstärkung des Vertrags, in direktem Widerspruch zu den Auskrelungen des Schlussprotokolls vom 8. Dezember 1919, in dem es ausdrücklich heißt, dass Verletzung des Vertrags nur nach den allgemeinen Vorhersagen des Friedensvertrags und der internationalen Rechtsgrundlage zu führen seien.

Zum Vertrag steht kein Verhältnis, die einer einzigen Signatarmee das Recht gibt, auf eigene Faust einen Vorstoß auf deutsches Gebiet zu unternehmen, und in dem vornehmsten Gesetzbuch des internationalen Rechts, dem Verfallenen Völkerbundesvertrag, heißt es ausdrücklich, dass keine seelige Handlung gegen ein Mitglied des Völkerbundes ohne Anrufung des Völkerbundes gestattet sei. Millerand hat von der Militärsregierung Kapp geschlagen und gegen den Militärsmus, der doch noch im Schope der deutschen Regierung bestehen, gefeuert. Die Reichsregierung hat heute, vier Wochen nach dem Militärsprung, auf dem Streitkrieges angesetzt, hat seine Stellungnahme wie nachstehend präzisiert:

1. Die Entscheidung in der Streitfrage kann nicht gestellt werden von der Mitgliederversammlung eines einzelnen Ortes, sondern nur in einer Zusammenkunft von Vertretern der Partei aus allen Orten des hamburgischen Staatsgebietes.

2. Die Frage ist deshalb den Delegierten aus den Orten des Hamburgischen Staatsgebietes zu unterbreiten, die für den Bezirksparteitag am 26. und 28. April in Hamburg gewählt werden.

3. Bis zur Entscheidung durch die Delegierten des Bezirksparteitages darf kein Mitglied der Bürgerfraktion und kein sonstige Funktionär der Partei aus Anlass des Streitkrieges sein Amt niedergelegt.

4. Zu dem Bezirksparteitag wird erscheinen als Vertreter des Zentralkomitees Genosse Dünnig. Ferner sollen ersucht werden, dem Bezirksparteitag zuwohnen als Vertreter des Bezirks Genosse Dünnig, als Vertreter der Kontrollkommission Genosse Bos.

Dieser Beschluss des Zentralkomitees ist sofort in Hamburg durch die Parteidreiecke zur Kenntnis zu geben und alle Genossen sind verpflichtet, für seine strikte Einhaltung zu wirken.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Genossen Dünnig.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Schriften: Wahrsch.

Verantwortlich für den Amtsbericht:

Friedrich Müller, Vorstand-Berwig.

Druck und Verlag: Feindlicher Buchdrucker Aktiengesellschaft, Berlin.

Die Ausgabe kostet 5 Sester.

(Sehr richtig!) Die Reichsregierung Millerands erinnert an seine Idee, er wolle eine neue Ära der deutsch-französischen Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiete herstellen. Sind etwa Genealogen die Schriftsteller dieser neuen Ära? Will Millerand die deutschen Handelsagenten mit strömender Hand nehmen wie Frankfurt? Das geht gegen das innere Gefühl der Volks. Ein zerstörerisches Musterloch wird für den Schulden Deutschland. Was soll ein Vertragszusammenhang der französischen Zusammenarbeit in einer Note, die die Verstärkung neuer Friedenskämpfen darin will, Friedenshandlungen, die nur dank der deutschen Friedfertigkeit und Unschuld gebildet sind? In solcher Stunde ist das nur ein Lippenbekenntnis, das falsch und unglaublich den Tatsachen gegenüberwirkt. Krieg oder Frieden, ein Drittes gibt es nicht. Aber der Friede ist notwendig, wenn nicht Sieger und Besiegte von einem dritten Mächtigen besiegt werden sollen; der Anarchie. Diese Erwähnung hat wohl die britische und die italienische Regierung zu ihrer Ablehnung der französischen Aktion bewogen. Wer daraus auf das Ende der Entente schließen will, der sei nur an die jüngsten Schiffssicherungsvereinbarungen erinnert, wo alle Entente-Staaten sich einiglich über die vitalen Interessen Deutschlands hinwegsetzt haben. Diese Einigkeit zeigt sich auch in den Verträgen nach der Entfestigung und Auflösung der Einwohnerwehren. Die Antikommunistische Militärscommission sieht in den Einwohnerwehren die Räder zur Errichtung einer unzulässigen Mobilisierung, und es ist sicher kein Ansehen für ein Entgegenkommen vorhanden. Nach ihrer ganzen Entwicklungsgeschichte ist die Einwohnerwehr keine militärische Formation, sondern sie hat die Aufgabe, die Gemeinden vor Plünderungen und Diebstahl zu schützen. Diese Aufgabe hatte sie besonders in Bayern zu erfüllen, wo die Machtsherrschaft eine Realität war. Von Landwirten, auch von Demokraten, wird und verstehen, sie könnten keine Kartoffeln mehr in die Stadt liefern, wenn die Wirtschaft nicht durch Einwohnerwehren geschützt würden. Wir werden über diese Frage einzutragen mit der Entente verhandeln.

Die Forderungen der Gewerkschaften waren für die Entscheidung der Regierung nicht maßgebend. Die Gewerkschaften hatten die Auflösung aller Einwohnerwehren auch gar nicht gefordert. Sie einfach aufgestellten Behauptungen von einer Nebenregierung der Gewerkschaften sollten sich hauptsächlich auf eine Auslassung der Freiheit, dass die Regierung unter einer gewissen Aufsicht der organisierten Proletarierat siehe. Ich erkläre klar und deutlich, dass ich eine solche Nebenregierung ablehne, und keine Stunde länger im Amt bleibt, wenn man den Versuch zu einer solchen Nebenregierung macht. (Weltall.) Wenn sich Männer zu einer Nebenregierung aufzumachen wollen, dann werde ich sie entkräften, die Regierung zu übernehmen. Mützigen kann nur der, der auch die Verantwortung übernimmt. (Sehr gut!) Ich stelle fest, dass die Gewerkschaften nur den Versuch gemacht haben, mitzuregieren. Sie haben niemals Forderungen ultimative Charakter gestellt. (Abg. Gräfe: Und die acht Punkte?) Der Einfluss der Gewerkschaften darf sich nur geltend machen auf dem Wege der Verfassung, und die Regierung muss in ihrer Entscheidung frei sein. (Weltall.) Ich bin Anhänger der Demokratie und denkt nicht daran, den Boden der Demokratie zu verlassen. Nach dem Sturz der Reichspolitik wird das Reich eine Demokratie sein oder sie wird es nicht sein. (Unerhört: Weltall.) Wir wollen eine deutsche Demokratie innerlich der europäischen Demokratien bilden; aber wenn sich die Demokratie auswirken soll, dann müssen die Voraussetzungen für einen dauernden Weltfrieden geschaffen sein.

Die letzte Tat Frankreichs ist die Besetzung des Maingaus. Frankfurt liegt nicht umsonst im Herzen Europas. Das Herz Europas ist heute getroffen. Die Frankfurt nicht ist, können auch die schönsten Worte von künftiger gemeinsamer Arbeit nur Worte bleiben. Die französische Regierung hat durch ihr Vornehen in Deutschland wieder eine ungeheure Auspelelung aller nationalistischen Antipathie ausgelöst. Durch die Brutalität ihres Militarismus hat sie dem eben niedergeworfenen deutschen Militarismus neue Nahrung angeboten. Es bleibt dabei: Die Champignons aller Länder ließen sich unter die französische Bundesfahne. Sieht man nicht die Gefährdung der Republik? Sieht man nicht, dass in Deutschland die Nationalisten neuen Mut fassen, dass sie am Ende sogar durch das französische Vornehen Überwältigung bekommen und unter einem neuen Weltall die Verfassung und das Reich endgültig ins Verderben stürzen. Wir wollen nicht mitschuldig sein an solchen verhängnisvollen Ereignissen. Wir kämpfen, solange wir dazu die Kraft haben, gegen den Feind und gegen den einheimischen Chauvinismus, gegen Kapp und Koch. Wir erlauben dem Militarismus keine Rückkehr in die Kriegszeit der Völkerbeziehungen. Wir bekennen uns mit aller Feierlichkeit zur Idee des Völkerbundes, gerade in dem Augenblick, wo das Gepräge des Völkerbundes mit silben getreten wird. Die Militäraktion überdrüssig der Ruhe geht ihrem Ende entgegen und alle entehrlichen Truppen werden sofort außerhalb der neutralen Zone gelegt werden. Neben die Verstärkung des Abkommens bis 10. Juli schweben Verhandlungen. Die Okkupation des Maingaus wird als bald ihr Ende erreichen. Wir hoffen, dass sie die lebte Welle aus dem Blutinneren des Krieges war. Sie uns aber bleibt es bei dem Verständnis: Abkehr von allen Kriegsabschauungen und allen Kriegsmitteln. (Unerhört: Weltall.)

Auf Vorschlag des Präsidenten Lehmann wird gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen beschlossen, die Befreiung der Regierungserklärung auf Dienstag zu verlegen.

Rücktige Sitzung: Dienstag, 1 Uhr. Befreiung der Regierungserklärung. Nachtragstat. Kleine Vorlesung. Fehlmales.

## Aus der Partei.

# Amtliche Bekanntmachungen.

## Bezugscheine für Reichsschule.

Ein Kosten Reichsschule für Knaben und Mädchen in den Größen 27-39 soll zum Verkauf gestellt werden.

Die Schuhbedarfsscheine hierauf werden im Neuen Rathause, Kriegsbedießungsstelle, Zimmer Nr. 288, in der Zeit vom 15. bis mit 17. April ausgesetzt und zwar lediglich an Haushaltungen mit mindestens 3 Kindern unter 15 Jahren.

Auf solche Haushaltungen kann insgesamt nur 1 Paar Schuhe abgegeben werden.

Wohnungsmeldeschein, Steuerzettel 1. Termin und Familienbuch oder die Geburtsurkunden der Kinder sind vorzulegen.

Die Einkommensgrenze ist 5800 M., jedes verpflegungspflichtige Kind wird mit 1000 Mark mehr angerechnet.

Boranmeldungen zur Erlangung eines Schuhbedarfsscheines müssen in den Rathäusern erfolgen.

Täglich können nur 400 Scheine ausgegeben werden.

Eine Ausgabe von Bezugscheinen für Webwaren und Bergl. findet vom 15. bis mit 17. April 1920 nicht statt.

Der Verkauf der Schuhe erfolgt vom 15. April 1920 an nur in der Wollkleiderstelle, Dittrichring 3A, von 9-3 Uhr.

Leipzig, 12. April 1920. Gem.-A. St. - St. - St.

Der Rat der Stadt Leipzig.

nach Instruktioen des Gesetzes, neu zu erlassen.  
Die vollständigen und überaus wichtigen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes können im Gewerbeamt, Rathaus, Zimmer 184, eingesehen werden.

Leipzig, am 12. April 1920. Gew.-A. I.

Der Rat der Stadt Leipzig.

## 300 Mark Belohnung!

In der Nacht zum 11. April 1920 sind von der Einrichtung des Sportplatzes, Frankfurter Str., am ehemaligen Auburger Waller,

12-14 Meter versetztes Drahtgewebe von zwei Meter Höhe, 4x4 cm Maschenweite, aus 3 mm starkem Draht bestehend, fast neu, gestohlen worden.

Der Verein Sportplatz lebt für Ermittlung der Diebe und Wiederherstellung des gestohlenen Drahtgewebes 300 Mark als Belohnung aus.

Sachdienliche Mitteilungen werden ebenfalls erbeten an die Krim.-Abt. zu A. A. 5. 1270/20.

Leipzig, den 12. April 1920.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

## Nachversteuerung von Tabakerzeugnissen.

Sämtliche Tabakerzeugnisse sowie Zigarettenhüllen, die bis am 1. April 1920 im Betrieb von Händlern (auch Gastron. usw.) befunden haben, sind nunmehr (abgesehen bis zum 20. April dem Vollzam. am Magdeburg-Thüringer Bahnhof, Wilscherstraße 4, ebenfalls in doppelter Ausfertigung anzumelden. Unterlassung oder unrichtige Aufstellung der Anmeldungen wird bestraft.

Hauptzollamt Leipzig I.

## Deutsch.

Wegen Reinigung der Verwaltungsräume des hiesigen Rathauses bleiben dieselben einschließlich der Sparkasse

Freitag, den 16. April 1920 und

Sonnabend, den 17. April 1920,

für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Dringende Standesamtangelegenheiten werden an beiden Tagen in der Zeit von mittags 12 bis 1 Uhr erledigt.

Leipzig, den 9. April 1920.

Der Gemeindevorstand.

## Neues Operetten-Theater.

Böhlitzstr. (Gittern) 244.

Dienstag, den 18. April 1920

## Der Bielholzleiter.

Operette in 3 Akten von Hermann Hoffer. Liede von Wildenau.

Musikalische Leitung: Otto Hindenb.

Personen: Erzähler Graf Robert von Wildenau, Adjutant des reg. Fürsten (Herr Traumann); Willine, seine Gemahlin (Cotta Hollands); Aurora, seine Schwester (Eunice Huber); Hans Graf von Liebenstein (Karl Sabotow); Altmann-Graf von Liebenstein, sein Vetter (Willi Burg); Amelie von Liebenstein (Margarete Möhner); Grafin, Dienst der Graf Hans von Liebenstein (Rudi Möller); Haberfeld, Schmelzmeister (Karl Eggers); Albrecht, seine Tochter, Sohn des Willine (Erika Mettig); Ein Geißeldeutnant (Eckhard Wurts); Ein Sergeant (Karl Diekmann).

Kammerduo mit deren Freunden, Gäste, Volkstypen, Dienst.

Der erste Akt spielt in der Wohnung des Grafen Hans, der zweite und dritte im Gefüle seiner Erzählens des Grafen von Wildenau.

Zeit: Mitte des 19. Jahrhunderts.

2. Akt: Goethe, einfließend von Emma Gronbom.

Gäste nach dem 1. und 2. Akt:

Verteidigungsabordnungen vorbehalten.

## Gewöhnliche Preise.

Groß 6% Uhr. Eintritt 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Studenten- und Schülerarten ungünstig.

Mittwoch, den 16. April: 84. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, gold):

Donnerstag, den 17. April: 85. Unrechts-Vorstellung (1. Folge, grün):

Freitag, den 18. April: 86. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Sonntag, den 19. April: 87. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, rot):

Montag, den 20. April: 88. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 21. April: 89. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 22. April: 90. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 23. April: 91. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 24. April: 92. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 25. April: 93. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 26. April: 94. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 27. April: 95. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 28. April: 96. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 29. April: 97. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 30. April: 98. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 31. April: 99. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 1. Mai: 100. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 2. Mai: 101. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 3. Mai: 102. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 4. Mai: 103. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 5. Mai: 104. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 6. Mai: 105. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 7. Mai: 106. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 8. Mai: 107. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 9. Mai: 108. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 10. Mai: 109. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 11. Mai: 110. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 12. Mai: 111. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 13. Mai: 112. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 14. Mai: 113. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 15. Mai: 114. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 16. Mai: 115. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 17. Mai: 116. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 18. Mai: 117. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 19. Mai: 118. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 20. Mai: 119. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 21. Mai: 120. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 22. Mai: 121. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 23. Mai: 122. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 24. Mai: 123. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 25. Mai: 124. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 26. Mai: 125. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 27. Mai: 126. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 28. Mai: 127. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 29. Mai: 128. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 30. Mai: 129. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 31. Mai: 130. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 1. Juni: 131. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 2. Juni: 132. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 3. Juni: 133. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 4. Juni: 134. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 5. Juni: 135. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 6. Juni: 136. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 7. Juni: 137. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 8. Juni: 138. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 9. Juni: 139. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 10. Juni: 140. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 11. Juni: 141. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 12. Juni: 142. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 13. Juni: 143. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 14. Juni: 144. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 15. Juni: 145. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 16. Juni: 146. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 17. Juni: 147. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 18. Juni: 148. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 19. Juni: 149. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 20. Juni: 150. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 21. Juni: 151. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 22. Juni: 152. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 23. Juni: 153. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 24. Juni: 154. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 25. Juni: 155. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 26. Juni: 156. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, blau):

Montag, den 27. Juni: 157. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, weiß):

Montag, den 28. Juni: 158. Unrechts-Vorstellung (8. Folge, grün):

Montag, den 29. Juni:

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 13. April.

## Parteiangelegenheiten.

## Rednervereinigung.

Heute abend, 7 Uhr, findet eine wichtige Zusammenkunft der Rednervereinigung im Volkshause statt.

Alt-Leipzig, Beuel Osten, Achtung, Genossen! Donnerstag, den 15. April, abends 7 Uhr, liegt im Restaurant Goldener Ring, Goldene Straße 4, die Liste der Einwohnerwehr zur Einzeichnung bereit.

Baumsdorf. Mittwoch, den 14. April, findet abends 6 Uhr im Restaurant Albertsburg eine äußerst wichtige Funktionärsitzung statt. Erscheinen aller neu gewählten Funktionäre ist Pflicht.

## Das lokalpatriotische Wirtschaftsministerium.

Das sächsische Wirtschaftsministerium hat seinen Sitz in Dresden, die Beamten des Ministeriums sind Dresdner Einwohner, kein Wunder, daß die Herrschaften zu lokalpatriotischen Extratouren neigen. Aus dieser Neigung ist es wohl nur zu erklären, wenn die Dresdner Einwohner vom sächsischen Wirtschaftsministerium besser mit Lebensmitteln versorgt werden, wie die Leipziger Bevölkerung. Schon im November 1919 hatte das Leipziger Ernährungsamt beim Landeslebensmittelamt Einspruch dagegen erhoben, daß der Stadt Leipzig für jeden Einwohner viel weniger Auslandsmehl vorbereitet werden, wie die Dresdner. Der Einspruch des Leipziger Ernährungsamts hatte aber nicht nur keinen Erfolg, sondern die Bevorzugung der Stadt Dresden durch das Landeslebensmittelamt ging ungestört weiter; bis zum Ende des Jahres 1919 hatten die Dresdner schon 750 Gramm Mehl mehr bekommen. Doch auch damit war die ungleiche Verteilung noch nicht abgeschlossen. 1920 wurden Leipzig bisher nur 250 Gramm des minderwertigen Jerealmehl zugewiesen, während Dresden wiederum 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl verteilen konnte. Die Bewohnerschaft Leipzigs soll also nicht nur mit geringeren Mengen, sondern auch mit minderwertigem Zeug aufzutreten sein. Wahrscheinlich sagen sich die Beamten des Wirtschaftsministeriums, was uns nicht schadet, ist für die Leipziger gerade noch gut genug. Vom Wirtschaftsminister muß mit Nachdruck verlangt werden, daß er endlich diesen standlosen Zuständen ein Ende macht. Wenn seine Beamten nicht einmal soviel Verstand haben, daß sie die paar Pfund ausländisches Mehl und Fleisch gleichmäßig verteilen können, dann soll er einen Befehl nehmen und unter den Dresdner Lokalpatrioten einmal gründlich Reckaus halten. Jedenfalls verlangt die Leipziger Arbeiterschaft bei der ohnehin geringen Zuwendung von Lebensmitteln nicht schlechter verorgt zu werden wie die Herren in Dresden, die offenbar werkt an sich denken.

## Der „Gesundungsprozeß“ der Demokraten.

Die Hauptversammlung der Demokratischen Partei Leipzigs lagte am Montag im Zentraltheater. Sie legte Bourgeoisie ob vom dem Jeraff dieser kapitalistischen Partei. Sie umfaßt die Bevölkerung, die sich hauptsächlich zusammensetzen aus Handels- und Industriekapitalisten, Bauern, Beamten, Angestellten. In der letzten Zeit sind zahlreiche Kapitalisten und auch Bauern noch rechts gegangen, weil nach ihrer Meinung die „Demokraten“ schon am Ende standen. Und viele Angestellte und Beamte sind mit der Demokratischen Partei unzufrieden, weil sie ihre Interessen als Konsumenten und Gehaltsabhängiger nicht genügend gewahrt hätten. Diese „Mittelpartei“ steht vor der Herausforderung zwischen rechts und links. Wenn sie immer noch einen Einfluß besitzt, so hat sie das vor allem ihrer Presse zu verdanken, die weit verbreitet ist. Während Parteien, die Vertragen bei den Massen bestehen, gerade im letzten Jahre an Mitgliederzahl bedeutend zugenommen haben (die U. S. P. in Leipzig hat 22 000 Mitglieder gewonnen), haben die „Demokraten“ in Leipzig Mitglieder verloren, was Generalsekretär Erich in der gestrigen Versammlung einräumen mußte. Er dachte aber nicht daran, daß als bedauerlich zu bezeichnen und den Banknoten seiner Partei einzugehen, sondern er bezeichnete den Rückgang der Partei „im großen und ganzen als einen — Gesundungsprozeß“. Man sieht, wie die Herren sich zu trösten wissen. Wir wollen hoffen und auch dazu beitragen, daß hier der „Heilnunakroaz“ weitere Fort-

schritte macht. Die Angestellten und Beamten, die bisher dieser Partei des Kapitalismus angehört haben, müssen erkennen, daß sie aus dem Elend nur herauskommen, wenn sie dieser Partei den Rücken kehren, sie kraft belämpfen und für den Sozialismus eintreten. Wer vom Kapitalismus ausgebaut und unterdrückt wird, darf ihm nicht noch dazu die Waffen liefern. Das gilt auch für alle diesen Proletarier, die immer noch Leser der kapitalistischen Presse sind.

Zur Reichspolitik nahm in der Versammlung Abg. Dr. Böpke Stellung. Er rückte ab von der Regierung, die zum Generalstreik aufforerte, hatte und feierte nicht etwa die Arbeiter, sondern die „Demokraten“, also die Kapitalisten, denen es nach seiner Meinung am meisten zu verdauen wußt, doch man wieder zur Macht gekommen sei. Die „Ruhe“ ist bekanntlich noch nicht eingetreten, noch ist die Reaktion bewaffnet und gerüstet, und sie denkt nicht daran, so ohne weiteres den Mäßig anstreben. Und das kapitalistische Bürgerrecht ist gleichfalls dafür, daß Heimatwillige und Reichswehr nicht entwaffnet werden, weil sie in ihnen einen Schutz ihrer Ausbeuterinteressen erblicken. Der Redner gab dann zu verstehen, daß eine Anzahl Kapitalisten deshalb nach rechts gegangen seien, weil einige Besitzer geschafft sind. Die Herrschaften wollen nicht zählen, sondern wie früher alles auf die Arbeiter losläßt. Und Herr Dr. Böpke will ihnen entgegenkommen. So sagt er, auch die Seele des Bürgers habe ein Recht darauf, verstanden zu werden. Bis jetzt habe man nur die Wünsche des Arbeiters erfüllt!

Also hört ihr's, Arbeiter! Ihr seid nach der Meinung dieses „Demokraten“ abgelunden. Ihr habt auf nichts mehr zu hoffen. Jetzt kommt das kapitalistische Bürgerrecht heran. Dessen Wünsche sollen jetzt erfüllt werden. In diesem Sinne wollen die „Demokraten“ ihre Politik treiben. Ein Marx ist derjenige Befehl, der dieser Kapitalistenpartei auch jetzt noch Gefolgschaft leistet. Daß Herr Böpke auch mit besonderer Eifer für die „Grundsätze der Demokratie“ eintrat, versteht sich von selbst. In Wirklichkeit ist diese „Demokratie“ weiter nichts als die kapitalistische Diktatur.

Abg. Dr. Barge sprach über die politische Situation in Sachsen. Er teilte mit, daß die „Demokraten“ Rücksicht gesucht hätten mit dem besonnenen Teil der Arbeiterschaft. Sie hätten sich dem Anhänger Dr. Grabmachers, in die Regierung einzutreten, nicht entschieden können. Sie hätten in der Zusammenarbeit keine allzu schlechten Erfahrungen gemacht. Es hätte sich im großen und ganzen ein reibungsloses Zusammenarbeiten ergaben. Mit aus dem Einfluß der Demokraten sei es zurückzuführen, daß Sachsen von gesellschaftlichen Sozialisierungsexperimenten verschont geblieben sei. Für die ländlichen Haushalte in den Fragen der Landwirtschaft hätten die Sozialdemokraten ein williges Gehör gehabt. Da haben wir das Fiasko der Kompromisspolitik mit den Kapitalisten für die Arbeiterklasse. Aus diesen Ausführungen geht deutlich hervor, daß dabei die Arbeiter die Gebundenen und die Kapitalisten die Achmenden sind. Goll wird das Interesse des Proletariats gewahrt werden, so muß mit dieser Politik, die der die Unternehmerinteressen so gut wegkommen. Schluss gemacht werden.

Der Redner versicherte, daß die Demokraten gern den alten Kurs beibehalten möchten, aber eine Kombination Demokraten, S. P. D. und U. S. P. sei unmöglich. Die Mehrheitssozialdemokratie werde sich hier für ein Entweder-Oder entscheiden müssen, und die Situation der Mehrheitssozialdemokratie werde sich entsprechend einstellen müssen. Der Redner erinnerte an dieser Stelle Macken Befall. Die Rechtssozialisten wissen also, woran sie sind. Die Kombination „Demokraten“, S. P. D. und U. S. P. ist schon deshalb unmöglich, weil unsre Partei unter keinen Umständen mit den Kapitalisten zusammengeht. Herr Dr. Barge versäumte nicht, den Heimatwilligen Dank für ihre Leistungen für den Kapitalismus zu spenden. Die Einwohnerwehr dürfe nicht eine reine Arbeiterwehr werden.

## Der Rat rügt die städtischen Beamten.

Den städtischen Beamten ist durch einen Umlauf vom Oberbürgermeister folgende Rüge erteilt worden:

In den schweren Tagen vom 15. bis 20. März 1920 ist es bedauerlicherweise zu beobachten gewesen, daß viele Beamte und Angestellte ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Während ganze Beamtengruppen, zum Teil unter persönlicher Gefahr, ihren Dienst wie immer verrichtet haben, haben es eine ganze Anzahl von Beamten und Angestellten, obwohl die städtische Verwaltung selbstverständlich als ein lebenswichtiger Betrieb angesehen ist, entweder überhaupt nicht für nötig gehalten, an ihrer Arbeitsstätte zu erscheinen oder sie haben das Rathaus nach kurzer Zeit wieder verlassen, ohne eine entsprechende Genehmigung des Rates dazu eingezogen, teilweise sogar gegen den ausdrücklichen Beschluß des Rates, die Arbeit fortzuführen, teilweise haben auch Betriebsausschüsse in vollständiger Verkenntnis ihrer Zuständigkeit beschlossen, den Betrieb zu schließen.

Der Rat spricht allen diesen Beamten und Angestellten, die ihre Pflicht so großlich verlegt haben, seine schärfste Wohlbilligung aus.

Dr. Roth.

Ein Teil der Beamten hat die Arbeit im Laufe der Kampfwoche eingestellt, weil durch das wilde Treiben der Freiwilligen

bei der Ausübung ihrer Berufspflicht ihr Leben gefährdet wurde. Die Rüge des Oberbürgermeisters müßte sich also gegen seine Schöpfungen richten.

## Wozu diese Vorbereiungen?

Zu diesem Thema schreibt uns ein Genosse: Am Sonnabend Nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr gingen wir über den Matthäikirchhof und sahen, wie 3 oder 4 Feuerwehrmänner oder Reichswehrsoldaten auf dem Dache des großen, erst vor ein paar Jahren erbauten, mit seiner Hauptfront nach dem Dittichring und dem Fleischmarkt (gegenüber dem Feuerwehrdepot) gelegenen Gebäudes beschäftigt waren. Leitungsdrähte von unten nach dem Dache zu legen, und zwar hinter die nach dem Hotel Müller zu gelegenen Schornsteine. Zu welchen Zwecken legt man diese Leitungen? Vielleicht will man dort oben beim nächsten Putsch Maschinengewehr in Stellung bringen und den Bedienungsmannschaften auf diese Weise telefonische Verständigung mit irgendwelcher Befehlsstelle verschaffen. Soviel ich am Mittwoch vorher Woche sah, sind in jenem Gebäude (nach dem Matthäikirchhof) ein größeres Aufgebot von Feuerwehrmännern oder Rossfeldern, denn es standen auch zwei Posten. Letztere sah ich aber am Sonnabend Nachmittag nicht mehr stehen, möglich, daß man die Posten eingezogen hat, damit sie nicht auffallen!

Die Vorbereiungen zeigen deutlich, was das Militär plant.

## Vom Kreisausschuß Leipzig.

Der Kreisausschuß zu Leipzig hielt am Freitag unter dem Vorzug des Kreishauptmanns Lange eine Sitzung ab. Zustimmung fanden ein Nachtrag der Gemeinde Geithain, wonach für das erste Quartal 1920 nachträglich 62 Prozent der vorjährigen Gemeindeeinkommensteuer erhoben werden sollen, ein gleicher Nachtrag für Pegau mit 50 Prozent der vorjährigen Gemeindeeinkommensteuer, für Nördlingen mit 64 Prozent, für Penig mit 50 Prozent, für Roßwein mit 45 Prozent, für Colditz mit 60 Prozent, für Gersdorfwald mit 50 Prozent, für Waldheim mit 25 Prozent, für Hainichen mit 68 Prozent und für Hartmannsdorf mit 40 Prozent. Die lebendige Gemeinde will außerdem von der Steuerklasse 20 an aufzuwerten die Steuerpflichtigen mit einem Beitrag von 20 Prozent zur Deckung der Ausgaben für die einmalige Beschaffungsbeihilfe heranziehen. Da keine Aussicht besteht, daß das Ministerium einen solchen Beschluss genehmigt, wurde dieser Teil des Nachtrags von Kreisausschuß nicht befehlwortet. Die Stadt Leipzig plant die Erhebung eines Aufschlags von 2 Prozent zur Grundsteuer, womit sich der Kreisausschuß einverstanden erklärt. Beschwörung fand hierauf der Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Großsachsen wegen nachdrücklicher Erhebung von 20 bis 70 Prozent Steuern, je nach der Höhe der Steuerklasse. Die von der Stadt Oschatz geplante Einführung eines fünften Steuerterms, durch den 20 Prozent der vorjährigen Gemeindeeinkommen erhoben werden sollen, wurde genehmigt. Der Nachtrag der Stadtgemeinde Grünau in wegen Erhöhung der Schankgewerbesteuer um 100 Prozent fand gegen zwei Stimmen Genehmigung. Wie Schiedsgerichtsrat Dr. v. der aufzuhören, werden in nächster Zeit noch viele ähnliche Nachträge folgen, da mit dem Aufstrebten der Reichssteuer auch andere Gemeinden genötigt sind, nach Steuern zu suchen.

Der Einfluß der Stadtgemeinde Markranstädt gegen ihre Heranziehung zur Deckung der Kosten für das Wiederaufbau des Bezirksverbandes Leipzig-Saale verurteilte eine längere Aussprache. Schließlich wurde beschlossen, daß Markranstädt nicht zur Deckung der Kosten heranzuziehen ist. Dagegen wurde der Einfluß gegen die Wahl von 6 unbesetzten Stadträten in Mockau in verworfen und die Wahl bestätigt. Genehmigung fand allerdings bei der Sparsäcke in Niederhain in Höhe von 200 000 Mark. Diese Art Austauschsäcke sollen in Zukunft genehmigt werden, wenn die betreffenden Sparsäcke liquide bleiben. Der Aufnahme eines Darlehens der Stadt Gersdorfwald bei der Stadtgemeinde Taucha wurde unter der Bedingung zugestimmt, daß die Tilgungsrate von 1½ Prozent auf 2½ Prozent erhöht wird. Die Aufnahme einer Anleihe von 2 Millionen Mark des Bergungsverbandes Leipzig wurde als unbedenklich bezeichnet. Beschwörung fand die Wahl von 6 unbesetzten Stadträten in Borsigwalde statt. In Borsigwalde nahm der Kreisausschuß Kenntnis von einer Anzahl Schulen um Gewährung von Zuschüssen von Notstandsschulden. — Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Verstaatlichung des Zoologischen Gartens. Die Generalversammlung der Aktionäre des Zoologischen Gartens stimmte dem Entwurf des zwischen der Stadt und der Aktiengesellschaft abgeschlossenen Vertrages zu, so daß der Zoo nunmehr städtisches Eigentum geworden ist.

Die neuen Bierkreise. Die Arbeitsgemeinschaft der Gastwirte Leipzigs hat beschlossen: In sämtlichen Schankwirtschafts- und Kantinebetrieben ist vom Sonntag, dem 11. April 1920, ab für

## Kleine Chronik.

Altes Theater (Königin Christine). Wenn man doch wüßte, noch was für Besucherpunkten die Leitung dieser Bühne ihre Stücke auswählt! Ich habe immer den Verdacht, es sei ihr Bestreben, drastisch zu erweisen, wie minderwertig die Literatur am Ausgang des Bürgerlichen Zeitalters geworden ist. Anders als mit dieser Absicht läuft sich das systematische Einstudieren von vergnüglichen Trauerspielen und Lustspielen schwerlich erklären. Wenn nun diese Einstudierungen wenigstens noch volle Häuser machen! Statt dessen jähren die bekannten Bütten.

Strindberg ist, besonders auch im Kriege, Mode geworden. Mode sein ist ja nichts Ausßälliges. Als unter der Einwirkung des heroischen Kämpfes der Arbeitersklasse um die achtzig Jahre herum der Idealismus der kleinbürgerlichen Intelligenz noch einmal aufblühte, wurde auch Jörgen Mode. Seine Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und seine verteidigte humane Ethik boten ein wertvolles Gegengewicht gegen die allmählich sich ausbreitende Wagnerische Religion des eingeknickten Schrampfes. Aber sehr bald hatte Ibsen abgewirtschaftet, und Wagner sein Pesthusmus gewonnen, aus oft schon dargestellten Gründen: das Geld. Wenn er nur nicht Hand in Hand gegangen wäre mit der kritiklosen Weiberverehrung, die der Einschätzung des Weibes in der bürgerlichen Gesellschaft leichten Endes zwang, in der Tat entspricht, weil sie nämlich im Grunde auf eine Herabwürdigung des Weibes hinausläuft, — die aber doch zunächst und so ebenhin betrachtet, angesehnt der wirklichen Verhältnisse starke Bedenken ergeben würden! Da sprang denn Strindberg in die Bresche. Er überwältigte den Wagner im Individualismus, in der Mäßigkeit, im Pessimismus, in der Leidenschaftsverneinung, und er überwältigte ihn anderweitig damit, daß er den Frauenkult zu Teil ging. Dieses Auslösungsphänomen der bürgerlichen Gesellschaft, als das sich uns der Verfall der Idee darstellt, hand in Strindberg seinen dramatischen Spezialitäten. Nun, ist es für ein historisch-materialistisches Herz einfach ein Vergnügen, folgendes zu sehen: Ibsen ist erledigt, überholter älterer Schauspieler, die bei ihm Paraderollen haben, bringen ihn noch bei Gastspielen zu Ehren. Um bössigen ist Strindberg an seine Stelle getreten. Und was beginnt sich nun? Ganz naiv hört man selbst wohlerfahrene Leute, die sonst nicht ohne Urteil sind, und künstlerisch den Strindberg weit über Ibsen stellen. So sehr hat das „Interesse“, wie Kant sagt, Macht über die Gemüter auch in Hinsicht auf das „Schöne“, auf das ästhetische Urteil. Strindberg, der kaum

einen Akt ohne brutale Zuspäßtechnik, ohne Klinotrik, ohne Ritschelf schrieb, dieser Strindberg wird weit über den Meister der dramatischen Diction gestellt. Ibsen gilt als Rechner, ja als Rechner, als Konstrukteur, als Techniker, während Strindberg als der wahre geniale Künstler mit den großen Eingebungen hingestellt wird. Es handelt sich um denselben Arztum, aus dem heraus der Wedekind-Austausch entstanden ist. Auch bei ihm macht man aus dem oft läufigen Rot der dramatischen und psychologischen Willkür eine angebliche dichterische Tugend, wobei eben, soweit es sich um den späteren Wedekind handelt, ganz besonders dieselbe Vorliebe für mystische Verchwommenheit misprach, aus der heraus man auch, neben der künstlerischen Form, den inneren Gehalt Strindbergscher Werke mit Begeisterung aufnahm.

Auch wenn Strindberg historisch kommt, wie im Drama von der Königin Christine, interessiert ihn vorwiegend das Anekdottisch-Psychologische. Eine Messalina im 17. Jahrhundert auf dem schwedischen Königsthron, das war doch eine herzliche Gelegenheit, nicht nur das Unheil zu zeichnen, dem Gatte und Familie durch ein gefährliches Weib ausgesetzt sind, sondern das viel misswendere Unheil, das über Volk und Staat gebracht wird. Das heißt man Geschichtsreibeln nach dem Motto der Kolportage-Historiker: Sucht hinter allem das Weib! Es ist ja der Kummer der Tintenfüller unserer Zeit, daß bei den revolutionären Bewegungen die Frau als Geschlechtsweise keine Rolle spielt. Doch hilft man sich denn, indem man wenigstens den spartanischen Hauptquartieren ein bisschen Orgie und ihrem Führern mindestens die Syphilis andichtet. Der Teufel hole alle interessanter Berichte, wenn nichts Planten drinsteht! Wenn Rosa Luxemburg, statt bloß ein genialer Geist in einer hässlichen Mißgeburt, eine Schönheit gewesen wäre, dann hätte man sie wenigstens mit abenteuerlichen Flusschwelungen in Verbindung bringen können. Strindberg, der stark zur Kolportage neigte, summerte sich dann auch bei der Christine verdammt wenig um das Staatsministerium; er sah in ihr nur das Weib, ja das Weibchen. Aber er trieb es ebenso wie der ältere Wedekind, der seine Bühne später moralisierend umdeckelte, und ließ die Messalina schließlich durch die heilsame große Liebe sich zur sentimentalischen Bürgerin degradieren. Technisch ist so ein Strindberg-Stück auch darin gewissen Wedekind-Züge gleich (solche Dichter schufen früher viel Strafferes), daß in sehr schlüssiger Weise Personen und Episoden hineingeprägt und Wendungen gedeutet werden, die gar nicht in den Rahmen des Dramas passen oder gänzlich überflüssig sind, und ferner darin, daß bei den Dichtern in den gleichen Perioden ihres Lebens jener satirische

Humor ausging, der auf der Höhe ihres Schaffens für sie charakteristisch war und ihre Größe ausmachte, wie denn die von ihnen behandelten Vorwürfe eine bloß pathetische oder sentimentale Behandlung durchaus nicht vertragen.

Den Sprüngen der Strindbergschen Psychologie war Kronachers Regie bei aller Sorgfalt nicht gewachsen, und so waren auch die schwäbischen Leistungen der der Sario als Christine, Walter als Odenstaedt, Jeisse-Gött als Gott, Schindler als la Grotte, Körner als Carl Gustav usw. ohne tieferes Interesse. Wenn man schon keine kleinen Händler erzielt, sollte man doch lieber die Käffster pflegen. Mindestens Wallenstein und Faust, die seit Ewigkeiten nicht gelesen worden sind, gehören doch zur selbstverständlichen Pflicht eines städtischen Theaters.

Rudolf Franz.

Museum für Völkerkunde. Die am Sonnabend beginnende Vorlesung von Dr. Erdmann über die Entwicklung der ersten Kulturkulturen hat die Erwartungen erfüllt, die wir an den ersten Vortrag inspizierten. Bei allen Fragen, die Dr. Erdmann beantwortete, wies er als leichte Ursache die wirtschaftlichen Zustände auf, unter denen die Menschen jeweils lebten. Wie dies im ersten Vortrag für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft geschah, so in den weiteren Vorträgen für das Entstehen und das folgende Werden der Religion, der Sprache und Schrift und der Kunst. Auch daß er den Anteil der Arbeit in der Entwicklung der geistigen Kultur hervorhob, insbesondere den Anteil der Arbeit bei der Entwicklung der Sprache, verdient unterstrichen zu werden gegenüber den noch immer gräßendsten Versuchen, die geistige Kultur des Menschen als ein reines Produkt „seelischer Kräfte“ hinzustellen. Wenn darum Dr. Erdmann seine Vortragsreihe schloß: Die Entwicklung der geistigen Kultur ist keine Folge von Zufällen, sondern ein organisches Prozess als Folge fortwährender ökonomischer Veränderungen, so ist das durchaus historisch-materialistisch gedeckt. Und es ist leider auch in Arbeiterkreisen noch nicht voll erkannte Tatsache, daß wie Dr. Erdmann bemerkte, die Beschäftigung mit diesen Fragen der kulturellen Entwicklung nicht nur akademische, sondern eine hervorragend praktische Bedeutung hat. Die Völkerkunde ist ein wesentlicher Bestandteil der Gesellschaftswissenschaften, der uns in ganz besonderer Weise bezeugt, daß alles nur vorübergehenden, nur relativiven Wert habe. „Die Stelle der Tradition müssen wir die wissenschaftliche Erkenntnis seien.“ Ob freilich das zum guten Teil bürgerliche Publikum den Schluss appell verstanden haben wird?

Die bestehenden Gläser ein Mindestaufschlag von 20 Pf. für Einfachgläser und 30 Pf. für Bayrischgläser zu erheben. In Betrieben, in denen  $\frac{1}{2}$ - $\frac{3}{4}$ -Zehntelgläser im Gebrauch sind, beträgt der Mindestpreis für Einfachgläser 80 Pf. und für Bayrischgläser 100 Pf. Beim Verlauf über die Straße, so bald die Kundenschaft ihre eigenen Gefäße mitbringt, soll das Liter Einfachgläser 1.80 M. und das Liter Bayrischgläser 2.40 M. betragen. Die Verfassung des Saal- und Konzertsaalinhaltes beschloß, daß die Preise in den Sälen für Einfachgläser 1 M. und für Bayrischgläser 1.25 M. pro Glas betragen.

Die Feuerwehr in Tätigkeit. Außer mehreren kleinen Bränden und Rauchniederschlägen, aus deren Anlaß die Feuerwehr zur Hilfeleistung herangezogen wurde, stand am 12. April, vormittags in der 6. Stunde ein Balkenbrand in der Moltkestraße statt, welcher 1½ Stunde die Feuerwehr in Anspruch nahm.

Über das Betriebsrätegesetz handelt eine Bekanntmachung des Rates in vorliegender Ausgabe, auf die hiermit hingewiesen wird.

Staatliche Kraftwagenlinie. Die Sächsische Staatsregierung wird, wie wir hören, in den nächsten Tagen die vor dem Kriege von einem Leipziger Privatunternehmen betriebene Kraftwagenverbindung zwischen Leipzig und Merseburg als sächsische staatliche Kraftwagenlinie neu in Gang bringen. Der Fahrpreis beträgt 30 Pf. für 1 Kilometer, mithin von Leipzig nach Merseburg 8.80 M. Die Kraftwagenfahrten beginnen und endigen in Leipzig am Hauptbahnhof, in Merseburg am Bahnhof. Der Tag des Betriebsbeginnes und der Fahrplan werden noch bekannt gegeben.

Drei Jesus im Zoo! Vor kurzem sind im Zoologischen Garten drei Jesus eingetroffen. Sie stehen jetzt im hinteren Dirschengehege. Die Jungs sind wahrscheinlich nächstverwandt mit dem gewöhnlichen Stein und haben sich vermutlich als Steppentiere daraus entwickelt. Zwischen den Schultern tragen die meisten von ihnen einen Zellkörper (es sind deren auch zwei beobachtet worden), welcher einen Futtertrichter, also ein kleines Hamsterloch, darstellt; eine interessante Übereinstimmung mit dem unter ähnlichen Bedingungen lebenden Kamel. Die mächtige Wamme und die großen Hängeohren vervollständigen den Charakter jenes uralten Haustieres, das schon um 3000 v. Chr. in Mesopotamien gehalten worden sein soll. Der von den alten Ägyptern verehrte Apis-Tier dürfte ein schwarzes, besonders geschildertes Jesus gewesen sein; den anderen ist das Tier noch heute heilig. Eine Kreuzung des Jesus mit unserm Hauszind — vor dem Kriege ein vielerortiges Problem — ist durchaus möglich, aber für die Verehrung unserer Kindererassen ausgeschlossen.

Arochen- und Kleinstfeuerwehr. Freibank I: 8271—8590 (8501—8840). Freibank II: 4861—5160 (5161—5190).

### Lebensmittelskalender für Mittwoch, den 14. April.

Für Haushaltungen.

Anmeldung: Kunsthörner über Warme-Milch: Letzter Tag — abzugeben 14 E und K der Lebensmittelstafette Reihe N (½ Pfund).

Kleid: abzugeben Fleischmarken L 1—10, L 1—5.

Nährmittel usw. für Kinder bis zu 2 Jahren: Letzter Tag — abzugeben H 3, M 3, N 3, Z 3 der Lebensmittelstafette S 1, S 2, S 3.

Nährmittel für Schwangere: Letzter Tag — abzugeben S 3 der Sonder-Lebensmittelstafette für Schwangere, Stillende usw.

Ausgabe: Margarine für Gastr. und Schankwirtschaften: Warenentnahmen Petersteinweg 18, auf blaue Tafelnmarken Y 77 bis 80, für Nr. 601—1200.

Margarine für Speiseanstalten usw.: Warenentnahme Berliner Straße 7/9 auf Tafelnmarken Y 77—80.

Haus-Händler.

Kartoffeln: Bezugsgenehmigung Markgrafenstraße 8.

Haferflocken: Markenabgabe.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Die Lebensmittelversorgung Sachsen's.

In einer Rede über den gegenwärtigen Stand der Volksversorgung in Sachsen machte der Regierungssamtmann Dr. Schmidt-Leonhardt im Landeslebensmittelamt folgende Ausführungen:

Infolge der Wärzverschüttungen war die sehr gespannte Lage besonders bedrohlich geworden. Vor dem Krieg waren wir bewahrt geblieben, vor allem auch deshalb, weil wir Sachsen ein Getreideausfuhrverbot erlassen wurde. Als freies Land muß es bezeichnet werden, Gerichte auszustreuen, daß wir vor einem Zusammenbruch standen. Im allgemeinen ist eine Besserung im Stande der Volkswirtschaft festzustellen. Die Angreifer auf die Zwangswirtschaft haben nachgelassen. In einer Aufhebung der Zwangswirtschaft, selbst an eine Verteilung, kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht gebachtet werden. Sogar der Hafer wird wahrscheinlich wieder unter Zwangswirtschaft genommen werden. Stetigkeit, kein sprungloses Vorfahren ist ja das Hauptmerkmal zur Sicherung und Vermehrung unserer Produktion. Der Schleichhandel wird erst beseitigt werden können, wenn eine vermehrte Produktion eingesetzt hat. Die Förderung der Erzeugung kann erzielt werden, indem man der

Lautenabend. Alte Kirchenlieder zur Laute zu singen, ist ein Verlust, den man nur begründen kann, weil er in der geistigen Weise dazu führt, den Reichtum an schlichten und schönen Melodien, der in ihnen begraben liegt, zu heben. Vollends in unsre, so melancholischen Zeiten! Verlebt ist es allerdings, Laute und Harmonium zur Begleitung zu benutzen, wie es in dem Lautenabend von Hesse von Sattau geht, denn die Akkorde der Laute wurden durch das Harmonium vollständig verdeckt. Die Auswahl der übrigen Lieder zeigte — von einigen Ausnahmen abgesehen — von geradem Geschmack. Würde die kleine, wenig umfangreiche, aber nicht unschöne Stimme der Sängerin durch geistliche Schulung noch vorhandene Mängel verlieren und ihre Vorlage an Natürlichkeit und Wärme gewinnen, so könnte Helen von Sattau bald eine der besten Vertreterinnen des Lautengesangs werden. Ihre Belehrung ist recht beachtenswert; zwar fehlt es der Grifftechnik noch an größerer Sicherheit, der Aufschlag aber ist sehr sauber und gewandt. A. M.

Das zweite städtische Orchester wird ein merkwürdiges Kind. Es hat eigentlich viele Väter und doch keinen. Zur Welt kommt es nun, wie andre Werkwürdigheten, im Zoologischen Garten. Der Rat jammert, er hätte kein Geld für ein zweites Orchester. Und lohnt, ihm fehlt es nicht so sehr an Geld, als an Unternehmungsgeduld und klarem Blick für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten. Wenn private Korporationen oder Einzelpersonen mehr davon auskriegen, so spricht das zwar nicht für die Voraussetzung des Privatunternehmens, aber um so mehr gegen die Unfähigkeit und Trägheit des Pionierauftritts in der gegenwärtigen Ordnung. Der Zoologische Garten also ruft das zweite Orchester ins Leben, er wird unterstellt von andern Seiten. Dabei ist das Buhne, daß dieser Zoologische Garten fast am selben Tage in städtische Verwaltung überging, wo die erste Erhöhung stattfand, in der Dr. Barthol das zweite Orchester für die Stadt abschaffte und wo dann die Gründung in der erwähnten Form wenigstens grundsätzlich beschlossen wurde. Einstweilen wurde ein Ausschuss gewählt, dem die Herren Dr. Gobling, Justizrat Lebrecht, Geheimrat Hirnrich, Sanitätsrat Hornemann, Dr. Gelenburg, Dr. Wenzl und Richter für das Arbeiter-Bildungsinstitut angehören. Jedoch ist nun endlich eine Hoffnungsvolle Aussicht gemacht, nachdem die Sache vom Rat mehr als ein Jahr lang verschleppt worden war.

Sozialistischer Freizeit- und Sportabend. Freitag, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des Auguste-Schmidtbauers, Dresdner Str. 7. Vortrag des Gen. Aud. Franz: Ästhetik und materialistische Geschichtsauffassung. Zusammenfassung und Ausprache. — Sonntag, den 18. April, abends 8 Uhr, Vortrag des Genossen O. Venken.

Wirtschaftsmöglichkeit so hohe Preise bewilligt, wie sie die Bevölkerung ertragen kann. Hier ist das Bedenken nicht zu unterscheiden, daß die Steigerung der Preise wiederum neue Gehalt- und Lohnforderungen im Gefolge hat. Eine Annäherung an den Weltmarkt können wir nicht aushalten. Wir müssen aber an sehr hohe Preise heran. Vor allem wird der Brotpreis erheblich in die Höhe gehen, denn das vom Ausland benötigte Getreide stellt sich auf Grund unseres Balancen für uns außerordentlich teuer. Es sind etwa 200 000 Tonnen Getreide einzuführen, und für die Tonnen haben wir einen Durchschnittspreis von 10 000 M. anzusehen. Demgegenüber dienen hohe Arbeitslöhne und Kohlenpreise nur eine geringe Rolle spielen. Wie müssen die natürlichen Gesetze des Wirtschaftslebens wieder in Geltung bringen und können deshalb die sogenannten Anreisepreise nicht ausschließen. Die Brotnot ist vorhanden bestätigt, so daß an einer Verschärfung der Nation nicht gedacht zu werden braucht. Die Räumlichkeitsverteilung wird nunmehr starke Einschränkungen erfahren müssen. Obwohl die Kartoffelversorgung nicht glänzend ist, braucht Sachsen sich dennoch keiner allzu großen Sorge hinzugeben, denn wir sind immer noch besser daran, als die meisten andern Industriegebiete und Großstädte. Die Butter- und Fleischfrage macht immer noch große Sorgen. An eine Schweinschlachtung ist zur Zeit nicht zu denken. Die Handwerke des Vogtlandes liefern jetzt zu verhältnismäßig billigen Preisen reichlich ab. Eine Versorgung aber, die sich auf Anglieferungen gründet, muß auf die Dauer versagen.

Das heißt mit andern Worten: Die Aussichten für die Volksversorgung sind nach wie vor trübe und werden solange bedenklich bleiben, wie die Regierung an den „bewährten“ Grundlinien der alten Ernährungswirtschaft festhält. Und nach den Neuerungen des Herrn Regierungs-ambtmanns scheint das noch auf längere Zeit geplant zu sein. Ja, man sieht die alten Fehler noch zu vergessen. Früher versuchte man wenigstens, die von den Landwirten geforderten höheren Preise mit den gestiegenen Produktionskosten zu „begründen“. Jetzt aber fordert man möglichst so hohe Preise, wie sie die Bevölkerung tragen kann. Das heißt: Die Arbeiter und Angestellten können weiter um höhere Löhne kämpfen, nicht, um ihre Lage zu verbessern, sondern um den Lebensmittelwucher in die Taschen zu füllen. Die Schraube ohne Ende wird weiter gedreht, der Wahnsinn vergrößert. Hier helfen keine kleinen Qualitätsreihen mehr. Wo bleiben die großzügigen Maßregeln, die der Wirtschaftsminister schon vor Wochen und Monaten angekündigt hat? Wenn wir aus der permanenten Lebensmittelnot herauskommen wollen, muß endlich schnell und energisch begonnen werden mit der planmäßigen Produktion und Verteilung der Lebensmittel nach sozialistischen Grundsätzen und mit der Ausschaltung des sich zu einer immer größeren Gefahr auswährenden Schleichhandels.

### Kötz' Rückzug.

Höls der bei den ersten Alarmnachrichten über den Annarsch der Reichswehr Plauen und Hallenstein lengend und plündern verlassen hatte, legt jetzt anscheinend von Klingenthal aus seine Räuberzerrt fort. Über die letzten Taten in Plauen berichtet unter dortiges Parteidikt folgende Einzelheiten:

Dem Rentier Baummann wurde in seiner Wohnung ein Doppelbündel über 200 000 M. entwendet, der ihm jedoch wieder zugesetzt werden soll, wenn bis Montag 2000 M. gezahlt werden. In der Villa Hartenstein sind Schuhe und Anzüge gestohlen und in einer anderen trug man nur den besten Anzug mit fort. Die Villa Seidel ist regelrecht geplündert worden. Für etwa 25 bis 30 000 M. Kleidungstücke wurden mitgenommen. Von einem Augenzeuge wird uns hierzu mitgeteilt, daß in dieser Villa genau wie im Kriege gehaust worden ist. Hier wurde auch Feuer angelegt und dem Dienstpersonal verboten, es zu löschen. Es ist dies jedoch von anderer Seite gelöscht. In anderen Häusern wurden Pferde und Wagen requiriert und weitere größere Summen Geld beschlagnahmt. Noch am Sonnabendabend hat sich Höls mit seinen Leuten nach Hallenstein zurückgezogen. Einer der Automobilisten ist dabei verunglückt, wobei es vier Leicht- und einen Schwerverletzen gegeben hatte. Im Amtsgerichtshof zu Hallenstein sind alle Gewehre, die den Einwohnern und dem Bürgeramt abgenommen wurden und die zur Bewaffnung der sozialistischen Arbeiterchaft dienen sollten, zerstört und darauf verbrannt worden. In Hallenstein wurden von dem „Brandkomitee“ fünf Villen angesündet. Sie brannten vollständig nieder. Zur Nacht zum Sonntag wurde auch Hallenstein geräumt. Höls hat sich darauf nach Klingenthal zurückgezogen.

Bis zur Stunde ist die Reichswehr in Plauen nicht eingezogen. In Klingenthal verlor Höls von den Fabrikanten eine Million Mark zu erhalten, die bis Montag abends 6 Uhr abgeliefert sein sollten. 400 000 M. waren aber nur am Ort aufzutreiben. Wegen der weiteren 800 000 M. wurden im Auto zwei Beamte der Klingenthaler Filiale der Vogtländischen Bank nach Plauen zum dortigen Hauptgeschäft gesandt, um dort auf Beleidigung der Klingenthaler Filiale die 800 000 Mark abzuheben, um sie an Höls abzuliefern. Die Plauener Polizei hat die Geldlieferung verhindert und die beiden Hölsianer festgenommen. Nach einer weiteren Meldung sollen die 800 000 M. später doch unter gleichzeitiger Freilassung der beiden Verhafteten ausgesetzt werden, nachdem Höls erschöpft habe, er werde in Klingenthal genau so verfahren wie in Hallenstein. Von Plauen ist uns heute mitgeteilt, daß diese Nachricht nicht zutrifft. Die beiden Leute von Höls seien festgenommen und weitertransportiert. In der Nacht zum Montag und am Montag selbst sind in Plauen zahlreiche und andere Orte des oberen Vogtländischen Kleinrepublikaner aufgetreten, die von Klingenthal gekommen zu sein scheinen, um ihre Streitkräfte durch das obere Vogtland zu unternehmen. In Hainsberg sind am Sonnabendmittag ebenfalls kommunistische Versammlungen stattgefunden. Es wurde Sturm gefeuert, aber zu Unruhen ist es dort nicht weiter gekommen. Dagegen hat, wie der „Grenzbote“ aus Adorf meldet, der dort beheimatete rote Volksrat Kapitalisten des Kirchhofs Adorf und Bad Elster aufgefordert, bis Sonnabendabend 150 000 Mark zur Finanzierung einer roten Garde zu erlegen, ein Verlangen, dem etwa 80 Personen nachgekommen sind. Es ist Ihnen immer ausgetragen worden, leben Freiheit 80 000 Mark an den Volksrat abzuführen. Die Rote Garde, die das Rathaus besetzt hat, versteht neben der Schuhmannschaft Polizeidienst. In der Stadt herrscht Ruhe.

Höls' Versuch, über die Grenze zu entfliehen, scheint vorläufig gescheitert zu sein. Nach einer Plauener Meldung hat Höls in Klingenthal mit der tschechischen Grenzkommission verhandelt wegen des Übersetts auf tschechisches Gebiet. Darauf ist ihm erklärt worden, er würde mit seiner ganzen Bande interniert und auf Verlangen an das Deutsche Reich ausgeliefert werden. Die Tschechen haben die Grenze mit zwei Bataillonen Infanterie besetzt. Verschiedene kleine Banden sollen inzwischen die Grenze überschritten haben und entwaffnet und interniert sein.

In Plauen ist auch in den Kreisen, die sich durch das Hölsische Aufmarsch bisher noch förderten oder blenden ließen, eine kolossale Erklärung eingetreten. Die von Höls am Sonnabendabend ausgegebene Generalstreikparole ist völlig unbeachtet geblieben.

### Eine interessante Abstimmung.

Die Pfaffen und Dilettanten wollen bekanntlich auch fernher hin die Kindergehirne mit Religion versleimen. Dagegen wenden sich nicht nur die aufgelaerten Eltern, sondern auch die fortschrittlichen Lehrer.

Die im Sächsischen Lehrerbund organisierten Lehrer haben unter sich eine Abstimmung vorgenommen. Folgende zwei Fragen waren zu beantworten:

1. Sind Sie bereit, einen Religionsunterricht „in Lieber einstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft“, das heißt also, einen konfessionellen Religionsunterricht unter Aufsicht und Mitbestimmung der Kirche in irgendwelcher Form zu erteilen?

2. Sind Sie bereit, einen religiösen geschichtlichen Unterricht, der das religiöse Kulturgut in anschaulicher Form vermittelt und einen Unterricht, der — beispielweise noch Art des öffentlichen Stoffplans — die Erziehung zur stützlichen Persönlichkeit fördert, zu erteilen?

Aus Gründen und Umgebung haben von 118 stimmberechtigten Mitgliedern die 1. Frage 106 mit Nein und nur 4 mit Ja, die 2. Frage 102 mit Ja und 6 mit Nein beantwortet. Einige hatten die Fragen verändert oder sich der Abstimmung enthalten.

Das Abstimmungsergebnis werden sich die Pfaffen sicher nicht hinter den Spiegel stecken.

### Die Sommerferien in den sächsischen Schulen.

Das Ministerium hat die zuständigen Behörden angewiesen, sich bis Ende April darüber zu äußern, ob mit Rücksicht auf die erheblichen Unterbrechungen des Schulunterrichts im Winter ohne schulische Beschäftigung der Kinder eine Verkürzung der Sommerferien erwünscht und durchführbar sei. Vor der gutachtlischen Neuerung sind die Lehrer und die Bezirksausschüsse zu hören.

### Sächsische Reichstagsabgeordneten.

Eine in Plauen abgehaltene außerordentliche Generalsversammlung der U. S. V. im ehemaligen 23. Kreis stellte einstimmig den Verbandsvorstand, den Jäckel-Berndt und den Redakteur Puschka, Plauen als Kandidaten zur Reichstagswahl auf. Falls das neue Wahlgesetz einen Wahlkreis Plauen mit drei Abgeordneten schafft, ist er dritter Kandidat Geschäftsführer Schmitz auf.

Die Kreisversammlung für den ehemaligen 18. Kreis wählt Kaufmann, Witzau und Seeliger-Grimmischau zu Kandidaten der U. S. V.

Döbeln. Der Volksausgabustand des Arbeiterrates soll sich aufgelöst haben, nachdem der Führer Rudert filktisch geworden ist.

Görlitz. Die Bevölkerungszählung von 1930 und Görlitzberg zu einem Ort hat die Genehmigung der vorexekutiven Behörden gefunden. Dieser Tage ist die etwa 750 Einwohner sählende Gemeinde Görlitzberg in den nunmehr nahe an 5000 Einwohner sählenden Ort Görlitz einverlebt worden.

Chemnitz. Der Stadtrat beschloß, für die Einwohner mehr ein weiteres Berechnungsgeld von 110 000 M. außerdem zur Bezahlung der Kosten des Gesamtaarms während der Zeit vom 18. bis zum 22. März 58 000 M. zu bewilligen und letzteren Beitrag unverzüglich der Zustimmung der Stadtverordneten sofort zur Auszahlung zu bringen. Ferner wurden in der gleichen Sitzung dem Arbeiterrat und dem Aktionsausschuß 80 000 M. aus dem Aktiegutsorgesamt bewilligt.

Altai. Im benachbarten Reichenberg drangen in der Nacht zum Freitag unbekannte Personen in die Kelleretagen der Weinfirmen Eduard Schlaun ein und schlugen aus sämtlichen Wein- und Litschfässern die Spunde heraus, so daß durch Auslaufen der Getränke (etwa 180 Hektoliter) ein Schaden von 200 000 Kronen entstand. Offenbar handelt es sich um einen Raubact. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Weissen. Am Freitagmittag hat in seiner Wohnung der 34jährige Hilfsausseher Köhler seine Ehefrau durch zwei Schüsse schwer verwundet und sich selbst mit mehreren Schüssen in Kopf und Brust das Leben genommen. Die Frau wurde noch lebend nach dem Krankenhaus geschafft.

Hohenstein-Ernstthal. Das zweijährige Kind der Chefarztin Pfleider in St. Egidiu starb in den Bach und ertrank.

## Aus der Umgebung Leipzigs.

### Wie die Puschissen in Leipzig vorgearbeitet hatten.

Daß von den Anhängern der Kapp-Lüttwitz auch in Leipzig und der Umgebung schon wochenlang vor dem 18. März Vorbereitungen gegen die Arbeiterschaft getroffen worden sind, geht aus Drohbriefen hervor, die ein Angehöriger der Reichswehr an einige Genossen in Wiederitzsch gerichtet hat. In der Nummer vom 28. März hatten wir die Vermutung Ausdruck gegeben, daß die Misshandlung Wiederitzscher Arbeiter auf die Denunziationen eines aus dem Kriege stammenden Angehörigen der Reichswehr zurückzuführen seien. Gestützt wurde diese Auffassung durch die Mitteilung eines anderen Soldaten gegenüber zwei Genossen. Diese Neuherzung konnte nur auf Angaben des betreffenden Becker geschehen sein.

In der Freien Presse weist nun Max Becker, der sich dort als Mitglied der S. V. bezeichnet, den Vorwurf der Denunziation zurück und behauptet, er habe gerade im Interesse der Verhafteten gewirkt. Dem Scheinen verschiedene Tatsachen zu widersprechen. Einmal war Becker bei dem Verhältnis im Gemeindeamt häufig in Begleitung des die Verhaftung liegenden Offiziers. Ferner ist festgestellt, daß ein Arbeiter Walter Koch, der bereits entlassen war, auf Veranlassung des 19. Jahre alten Sohnes Beckers, noch einmal festgehalten wurde.

Becker ließ es aber nicht bei seiner Richtigstellung in der Presse bewenden. Er hat an einige Arbeiter Briefe geschrieben, in denen er ihnen die „schärfsten Maßregeln“ androht, wenn sie sich nicht persönlich bei ihm wegen angeblicher falscher Angaben über ihn verantworten. Um interessanter ist ein Brief an einen unerkannten Genossen, der folgenden Wortlaut hat:

Bor Deiner Behandlung hast Du in Gegenwart Franz Dittrich (welcher auf dem Fried

Großschochendorf. Aus dem Gemeinderat. Die Rässen wurden von dem Verbandsrevisor vorendigt; Beauftragungen sind nicht zu verzeichnen. — Zum Gemeindetag in Dresden wurden der Gemeindevorstand und Genesee Denhardt delegiert. — Der Nachtrag zur Steuerordnung für das 1. Quartal 1920 wurde in erste Lesung angenommen. Die Amtshauptmannschaft kündigte eine weitere Preissteigerung für Fleisch ab 1. April an. Der in der Bevölkerung Unmut auslösende Unterschied der Preise zwischen Geflügel und Fleischfleisch soll dabei durch Übernahme auf die Bezirkskasse ausgeglichen werden. — Ihre erholungsbedürftige Kinder sind vom Wohlfahrtsamt 45 Plätze belegt worden; Bedingung ist, daß die Eltern 40 M. an den Kosten beitragen. — Die Wahl der Hirschfahrer Frl. Dahme, Michaelis und Stein zur Belebung der drei neugegründeten Scherstellen wurde bestätigt. Ein gemischter Ausschuß für die Lebensmittelabteilung wurde gebildet. In den Gemeinderat nachgetragene Mitglieder werden in verschiedene Kommissionen eingerichtet. — Die Stundensätze für die Feuerwehr bei Bränden und Feuerwachen betragen künftig 3 und 5 M. — Auf Vorschlag des Finanzausschusses wurden die Rechnungen auf das Jahr 1918 richtiggesprochen. Dierbel wurde das behördlicheheitsvorgesetzte Sonderfallliche Rechnungsweisen wiederum eingehend kritisiert. Wenn auch auf Grund der vorjährigen Ansprache einigen abgesprochen worden ist, so mußte jetzt wieder hervorgehoben werden, daß man sich immer noch nicht an Wirtschaftsvermerke und Kapitalbezeichnungen auf den Rechnungen gewöhnen kann. Ein Vermögenswert an Inventar ist diesmal wohl eingefügt, doch steht noch jede Übersicht über diese Inventarien. — Von den neuen Stundensätzen der Gemeindearbeiter wurde Kenntnis genommen und die Bezahlung bez Streiktagen bewilligt. — Die Unzulänglichkeit der flüchtigen Steuerabrechnung und die Ungewissheit über die Wirkungen der neuen Reichssteuergesetze auf die Gemeinde zwangen zur Berücksichtigung der durchaus notwendigen Übernahme der Begriffsloskosten auf die Gemeinde. Jedoch sollen alle Vorarbeiten hierzu getroffen und das Ortsgebot vorbereitet werden. — Wie ein roter Faden ziehen sich fast durch alle Sitzungen die Kauschwäche der Bergischen Wirtschaft. Herr Beyer, der Vater des Mittergutes, ist ein edler Vertreter des englischen Agrarunternehmens. Er versteht es, sich über die stärksten Verordnungen hinwegzusehen. Während alle anderen Ministerien nur den Kleinhändelskreis von 1.25 M. nehmen dürfen, verlangt Herr Beyer trotz Eingreifens der Amtshauptmannschaft 1.84 M. Die sogenannte Potentiellsumme ist unter seiner Vorsicht zur Ruine geworden. Er verbirgt sich aber, die Schäden auch nur halbwegs zu erleben. Verhandlungen mit hiesigen Besitzern wegen läuflicher Überlassung von Wissensgrundstücken zur Anlegung eines Spiel-, Sport- und Volksparks scheiterten an den zu hohen Forderungen; doch sollten die Besitzerverwaltungen, wenn möglich, zu Spielwegen noch dieses

## Gewerkschaftsbewegung.

### Eisenbahnerstreik in Nordamerika.

#### Eine Million Eisenbahner im Streik.

Einem über Haag nach hier gelangten Telegramm zufolge befinden sich in Amerika gegenwärtig bereits eine Million Eisenbahner im Ausstande. Der Streik ist zwar auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen, hat aber, wie jeder große Streik auch gewaltige politische Wirkungen. Als Amerika in den Krieg gegen Deutschland eintrat, wur-

den die bis dahin in Privatbesitz befindlichen Eisenbahnen in Staatsbetrieb übernommen. Nach langen Kämpfen, in denen es sich darum handelte, den Staatsbetrieb beizubehalten, hat die Regierung jetzt die Bahnen wieder den Privatgesellschaften übergeben. Dadurch sind auch die Eisenbahner wieder der kapitalistischen Willkür der Privatgesellschaften ausgesetzt. Waren sie auch in der kurzen Zeit des Staatsbetriebes teineswegs aller wirtschaftlichen Not entzogen, so war es doch möglich, mit Hilfe des vor aller Öffentlichkeit verhandelnden Parlaments Regelungen zu treffen, die für die Eisenbahner einen Fortschritt bedeuteten. Sie verlangten für den Fall der Zurückführung der Eisenbahnbetriebe in die Verfügung der Privatgesellschaften nicht unerhebliche Lohnhöhungen. Die Regierung ließ sich aber nur dazu herbei, Schiedsgerichte einzurichten. So drohte schon seit geraumer Zeit die Gefahr eines riesenhaften Eisenbahnerstreiks. Jetzt ist er mit elementarer Wucht ausgebrochen.

Welche Resultate der Riesenstreik zeitigen wird, läßt sich noch nicht erkennen. Jedoch darf als sicher angenommen werden, daß auch er ganz wesentlich dazu beitragen wird, die sozialistische Bewegung in Amerika zu stärken. Er wird weiten Kreisen des Proletariats die Erkenntnis bringen, daß es sich politisch betätigen muß, wenn es seine Interessen gewahrt wissen will, und zwar betätigen muß im sozialistischen Sinne.

Newark, 10. April. (Reuter.) Der Streik der Weichensteller deutet sich aus. Die Angestellten der Hudson-Linie und der Long Island-Bahn haben sich angeschlossen und damit den New Yorker Vorortverkehr lahmgelegt. Die City ist von ernsten Lebensmittelknappheit bedroht.

#### Die Fristen des Betriebsrätegesetzes.

Aus Arbeitertreffen ist, wie der Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst mitteilt, an das Reichs Arbeitsministerium die Anfrage gelangt, wie es mit Rücksicht auf die Ereignisse der letzten Wochen bezüglich der Innenhaltung der für die Betriebsrätewahlen geschicklich vorgesehenen Fristen steht. Vielleicht ist die Innenhaltung der Fristen für die Einleitung der Wahlen, für die Einschaltung von Vorschlagslisten, für die Stimmabgabe usw. nicht möglich gewesen.

Soweit die Einleitung der Wahlen noch nicht erfolgt ist, kann und soll sie nunmehr unverzüglich erfolgen. Die in der Wahlordnung vorgesehenen Fristen für die Einreichung der Vorschlagslisten usw. sind nur Mindestfristen. Soweit sie nicht innegemachten werden könnten, wird es Sache der Wahlvorstände sein, für eine angemessene Verlängerung, gegebenenfalls Erneuerung der Fristen Sorge zu tragen.

#### Aufschauerstreik in Leipzig.

Die Kürschner, Näherinnen und Arbeiterinnen sind am Montag, dem 12. April, in den Streik getreten. Die von ihnen ab Januar geforderten Teuerungszulagen und der

vom Schlichtungsausschuß gesetzte Schiedsgericht (ab 23. Januar ein Zuschlag von 20 Proz. für Kürschner, 35 Proz. für Arbeiterinnen und 15 Proz. für Arbeitnehmer) auf die bestehenden Löhne von 2.25 M. bis 2.75 M. für Kürschner und von 88 Pf. bis 1.25 M. für Arbeiterinnen) ist von beiden Unternehmern verstanden nicht anerkannt und so auch vom Demobilisierungskomitee nicht als verbindlich erklärt worden. Die Unternehmer erklären, rückwirkend keine Teuerungszulagen zahlen zu können, weil ein Beschluss des Zentralarbeitsverbandes sie daran hinderte. Die Zwischenmeister, bei denen ausschließlich auf Stück gearbeitet wird, hatten überhaupt für ihre Arbeiter nichts übrig. Am 16. Februar kündigten wir den abgeschlossenen Arbeitsvertrag; vielleicht nicht zur rechten Zeit, doch legten die Unternehmer wenig Gewicht darauf. Aus "Entgegenkommen", vielleicht auch aus der Einsicht, daß bei den jetzigen Löhnen niemand leben kann, zahlten die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes ab 5. März, ohne mit uns darüber beraten zu haben, für Kürschner 3 M. bis 3.60 M., für Arbeiterinnen 1.50 M. bis 1.85 M. Stundenlohn. Die Zwischenmeister hängten uns einen erhöhten Stücktarif an die Wand.

Dieses Gebot kann sich aber die Arbeiterschaft nicht gefallen lassen, und so stellte sie den Unternehmern ein Ultimatum, auf Grund des eingereichten Vertrages in Verhandlungen einzutreten, andernfalls würde am Montag, dem 12. April, in den Streik getreten. Die Herren erklärten sich zu Verhandlungen bereit, doch waren die unverbindlichen Zugeständnisse so gering, daß sie für die Arbeiterschaft unannehmbar sind.

Die Hauptforderung: Beseitigung der Außordnungsarbeit, wurde strikt abgewiesen und dadurch weitere Verhandlungen unmöglich gemacht. Außer der Außordnungsarbeit müssen die Ferien geregelt, und die Beihilfungsfrage muß ein Teil des Tarifs werden, um die bestehende Ausbeutung der Lehrlinge durch die unorganisierten Unternehmer zu befehligen.

Die Öffentlichkeit wird die Berechtigung der Forderungen anerkennen, handelt es sich doch um ein Luxusgewerbe, dessen Produkte zumeist mit Rücksicht gewonnen nach dem Ausland verschoben werden. Auch die Herren Zwischenmeister sind dabei finanziell recht gesund geworden, nur für die Lage der Arbeiter wird sein Verständnis aufgebracht.

Deutscher Kürschnerverband, Filiale Leipzig.

## Brüderhaften der Redaktion.

C. D. Machen Sie zunächst, wenn Sie die Täter nicht persönlich kennen, Ihren Anspruch bei dem Truppenteil geltend. Zur Durchführung einer Klage halten wir den Bestand eines Rechtsanwaltes für notwendig.

C. Sch. 211. 1. Ja. 2. Soweit Bedürftigkeit vorliegt, hat der Vater für den Unterhalt minderjähriger Kinder anzutreten. — 2 M. für die Parteiakasse.

M. K. G. Wenn nichts andres vereinbart ist und die Verteilung auf ihren Wunsch erfolgte, so hasten Sie von dem Zeitpunkt an, da der Verläufer die Ware der Postanstalt übergeben hat, Münzen 120. Sie können entweder Abgangsmeldung des Kaufes oder Herausgabe des Preises oder — wenn der Mangel arglistisch verschwiegen wurde — Schadensatz verlangen. — 50 Pf. für die Parteiakasse.

W. Da, wenden Sie sich an das Bezirkskommando.

S. H. C. Ja, diese Geschenke können zurückverlangt werden. — 1 M. für die Parteiakasse.

## J. S. P. D. Gross-Leipzig.

Alt-Leipzig, Bezirk Norden, Donnerstag, abends 7 Uhr. Offizielle Versammlung im Eldorado, Pfaffendorfer Straße, Tagesordnung: 1. Die Lehren der letzten Kämpfe. Referent: Genosse Albrecht, Leiter, Leipzig. 2. Parteilegenheiten. Pflicht der Genossen ist, für harren Versammlungen, befür zu agitieren. Die Bezirksoffiziere.

L.-D. Mittwoch, den 14. April 1920, abends 1/2 Uhr. Jahres-Generalversammlung in Rablers Galerie. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden, des Kassierers, der Rentiers und der Kommissionen. 2. Neuwahlen. 3. Wahl eines örtlichen Wahlkomitees. 4. Vereinsangelegenheiten. Im Antritt der äußeren wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch der Ostland.

Die allgemeinen Diskussionsabende des Ortsvereins finden von jetzt ab regelmäßige Montags statt. Die Frauen-Diskussionsabende aller 14 Tage Donnerstags; also der nächste am 22. April. Beide abends 1/2 Uhr in der Silberpappel.

## Metallarbeiter

Verantwortliche: Wolfshaus, Verband. Die Bibliothek steht allen Mitgliedern innerhalb einer Woche innerhalb der Büros aus. Verleihung und Abholung nur 1-1/2 Uhr. Tel. 0784. Beauftragungen müssen gegen Stempelung des Verbandsbüros innerhalb drei Tagen erfolgen.

Schmiede Mittwoch, den 14. April, abends 7 Uhr in den Werkstätten, Wigwams, Zschochersche Str. Mitte. Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Die Innungsbeamte sind besonders eingeladen! Die Brancheleitung.

Graveure Donnerstag, den 15. April, nachmittags 4-1/2 Uhr. Öffentliche Versammlung im Volksbau, Nebenraum links. Tagesordnung: 1. Bericht über die Berliner Tarifverhandlungen vom 12. April. 2. Bericht.

Torner und Giehereiarbeiter Freitag, den 16. April 1920, abends 7 Uhr. Versammlung im Volksbau, Gesellschaftsraum, Tagesordnung: Reglung der Ausflugfrage verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Das Agitationsteam.

Werkzeugmacher und Einrichter. Freitag, den 16. April, 1/2 Uhr, im Volksbau, Zimmer Nr. 8: Branchen-Versammlung. Tagesordnung: 1. Organisationsaufgaben. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Berichtes. Zahlreich. Besuch erwartet die Brancheleitung.

Gelbmetallarbeiter Freitag, 16. April, abends 1/2 Uhr. Versammlung der Vertrauensleute und Arbeiterausschüsse im Volksbau, T. D. 1. Bericht von der Ortsverwaltung. 2. Bericht über das Statut.

Zaucha Freitag, den 16. April, abends 7 Uhr. Versammlung im Gethof 2. Löwen.

Kaufrol. Kaufrol ist in allen Apotheken und Drogerien zum Preise von 2 M. erhältlich. König-Salomon-Apotheke, Grimmaische Straße 17.

## Deutsche Holzarbeiter-Verband

Büro im Volksbau, Reiherstr. 22, II, 2-3. Arbeitszeit: 8-12 Uhr vorm., 4-6 Uhr nachm. Sonntagsabends durchgehend. 9-12 Uhr. Telefon: 8107.

Musikarbeiter Mittwoch, den 14. April, abends 5 Uhr, im Volkshaus, Nebensaal rechts. Branchen-Versammlung der Ausarbeiter und Zusammensetzer. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Die Brancheleitung.

Barlettlegger Freitag, den 16. April, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Branchenkonferenz. 2. Gewerkschaftliches. Das Erzielen aller Kollegen ist notwendig. Die Brancheleitung.

## Hautjucken

(Kräuterwied. Spezialmittel, Bl. 4-6, doppelseitig. Berichten 2 Perz. M. II. König - Salomo - Apoth. Leipzig).

Rügener Schlemmkrelde Streichfertige Öl- und Lackfarben reinen Leinöl-Firnis Kg. 44 M. empfiehlt L. O. Kaspar Nachf. Plagwitz, Zschochersche Str.

Gegen Würmer hat sich Wurmfeind als Radikalmittel für Frau und Kinder vorzüglich bewährt. Nur echt König-Salomo-Apotheke, Leipzig.

Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1848-1849 von Dr. Curt Geyer Preis broschiert 3.- Mark. Leipzig Buchdruckerei A. G. Abteilung Sachsenhausen Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. Postscheckkonto Nr. 53477. Die Aussträger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

## Garnellen-Nachrichten

Martin Fritzsche Ella Fritzsche geb. Richter Vermählte 10. April 1920 Stötteritz - Zudelhausen

## K. P. D. Dessenl. Versammlungen

Mittwoch, den 14. April, abends 1/2 Uhr, Papiermühle, Stötteritz. Donnerstag, den 15. April, abends 7 Uhr, Vierenschlößchen, Wahren. Tagesordnung:

### Die Lehren des 13. März.

## Mitgliederversammlungen

Zentrum: Donnerstag, den 15. April, abends 7 Uhr. Erholung, Gräberstraße. Anwesenheit aller Mitglieder ist Pflicht.

Süden: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, Rheinischer Hof, Schenkenfelderstraße. Aufnahme von Mitgliedern dabei.

A. B. D. - Eisenbahner: Sonnabend, den 17. April, abends 7 Uhr, Appelboom, Berliner Straße 34. Wichtige Tagesordnung.

## Ortsgruppe Leipzig.

In 1 Stunde perfekte Garantie Sie unter Garantie und Kleider- auch Fibre kommt Brut (Nissen), bei Men- schen und Tieren mit "Eckold". Für Kunden unabh. Vorf. Schleiterstraße 12, Go. Leipziger Hallische Str. 57, Lt. Josephstr. 17, f.

(Wollen Art Krähe) verschwinden unter Garantie in 10 Minuten durch Einzel mit "Kampf" Berlauf nur Schleiterstraße 12, Go. Leipziger Hallische Str. 57, Lt. Josephstr. 17, auch Postverband.

## Garnellen-Nachrichten

Plötzlich und unerwartet verstarb Sonntag früh, 1/2 Uhr infolge Blutsturzes mein lieber Mann und Vater, Herr Alois Scharfenberg im Alter von 38 Jahren 19 Tagen. In lieber Trauer Ely Scharfenberg Georg Scharfenberg.

Beerdigung: Mittwoch 2 Uhr von der Leichenhalle in Kleinzschocher.

## Hildegard

Für die zahlreichen Beweile herzlicher Teilnahme bei dem so trüben Begegnen des Garnarbeiters

**Artur Liebmann**

sprechen wir allen unsern herzlichsten Dank aus. Besonders Dank seinem Kollegen und Vorgesetzten des Bahnmeister zu Engelsdorf für den schönen Blumenstrauß und Geldspende nebst leidet Kugelgeleit. Dank seinen lieben Klubbrüder für die herzlichen Blumen- und Geldspenden. Gleiches Dank dem Ortsverein und Gesangverein Liederfreunde für den erhebenden Beitrag und das begeisterte Tragen zur letzten Kugelgeleit. Ferner vielen Dank Herrn Ryssel für die innen- und freitrichen Worte am Grabe sowie den lieben Hausbewohner und Gartennachbarn für den schönen Blumenstrauß und Geldspende. Dank auch allen Verwandten, Freunden und Bekannten für das ehrenvolle Geleit zur letzten Kugelgeleit. Dies alles dat unser Herz wohlgelaufen. Die aber, lieber Vater, rufen wir ein langer Dank und Ruhe in Frieden in dein allzu frühes Grab nach.

Baumsdorf, den 12. April 1920.

Marie verm. Liebmann nebst Hinterbliebenen.

Danksagung. Für die wohlstuenden Beweile herzlicher Teilnahme bei dem so trüben Begegnen des Bahnarbeiters

**Artur Liebmann**

sprechen wir allen unsern herzlichsten Dank aus. Besonders Dank seinem Kollegen und Vorgesetzten des Bahnmeister zu Engelsdorf für den schönen Blumenstrauß und Geldspende nebst leidet Kugelgeleit. Dank seinen lieben Klubbrüder für die herzlichen Blumen- und Geldspenden. Gleiches Dank dem Ortsverein und Gesangverein Liederfreunde für den erhebenden Beitrag und das begeisterte Tragen zur letzten Kugelgeleit. Ferner vielen Dank Herrn Ryssel für die innen- und freitrichen Worte am Grabe sowie den lieben Hausbewohner und Gartennachbarn für den schönen Blumenstrauß und Geldspende. Dank auch allen Verwandten, Freunden und Bekannten für das ehrenvolle Geleit zur letzten Kugelgeleit. Dies alles dat unser Herz wohlgelaufen. Die aber, lieber Vater, rufen wir ein langer Dank und Ruhe in Frieden in dein allzu frühes Grab nach.

Baumsdorf, den 12. April 1920.

Marie verm. Liebmann nebst Hinterbliebenen.

# Sleiner Anzeiger

## Arbeitsmarkt

**Die Verwaltungsstelle Schmalkalden** in Thüringen des Deutschen Metallarbeiterverbandes sucht für sofort einen weiteren **Angestellten**.

Derselbe muss langjährig organisiert, rednerisch und organisatorisch befähigt sein.

**Deutscher Metallarbeiterverband,** Verwaltungsstelle, Schmalkalden, Auergasse 9.



Für unser Bäufbad suchen wir eine

**Bademeisterin.**

Off. an A. Leibmann, Nr. Kanalstr. 23.

Naturheilverein 2, III. Lindenau.

Für unsere Schmiede suchen wir einen tüchtigen

**Vorarbeiter,**

welcher mit der Hand-, Hammer- und Gelenkschmiederei durchaus vertraut ist. In Frage kommt nur eine energische Persönlichkeit. Geeignete Bewerber wollen ihre Gelüste ungehend einenden.

**Rheinische Metallwaren- und Maschinen-Fabrik,** Abteilung Sommerda.

**Gesucht**

tüchtige häuslerer u. Landreisende

**Richard Funk,**

Leipz.-Lindenau, Calvistiusstrasse 31.

**2 Dreherlehrlinge**

der sofort von Werkzeugmaschinenfabrik Lützner Str. 86, gesucht.

**Volkshaus.**

Wir suchen sofort mehrere

**Reinemachefrauen**

Die Geschäftsführung.

**Metalformer**

der selbstständig arbeiten kann, stellt ein Arthur Kirchhof Metallgiesser Werkstatt.

**Metalldrucker**

auf Aluminium eingearbeitet, sofort bei hohem Verdienst für dauernd gefüllt.

**Rabald & Lindner**

G.-Co., Breitenfelder Str. 40.

Welt, Schuhmacher, ausführliche, sucht 21. Klosterstr. 4.

**Strohhutmäherin**

oder Hausmäherin

sofort gegen lehr gute Bezahlung gesucht

**Stötteritzer Str. 4, p. Iks.**

Tüchtige

**Kunststoffperferin**

bei hohem Lohn sofort gesucht

**Paul Rühlemann**

Königsgas 7.

Zucker, Dienstmädchen sucht

**Metz.** Frankfurter Str. 23.

**Junges Mädchen**

1. Mitarb. m. e. Toch. 1. Dausch.

2. b. liebes. Bebandsl. gea. gut

Geh. u. König. Fam. Aufsch.

Doch. König-Johann. S. 15

**Größeres Mädchen**

für einige Vormittagsit. gea. gut

Gind. Thüringer Str. 10, I. I.

Welt. Mädchend od. äl. Frau,

die auch Kleinkinder bei. kann,

in Frauen. Schönleider-

Gandhausd. Schieb. sofort ges.

Ang. 1. 80 Odermannstr. 1. XII.

**Kräftiges Mädchen**

16-17 Jahre, für leichte Ar-

beit bei guten Lohn gesucht

**g. Höhnenat.**

Zuckelhausen bei Leipzig.

Paumädchen f. 1. Urb. sucht

Singer, Katharinenstr. 7.

Debenit. kräft. Östermädchen

für den ganzen Tag sofort ges.

Fr. Stöbe, Kohlenstraße 4, I.

Östermäd. f. 1. o. gr. Schulm.

od. Gedächtnis. 5. Schulgesch.

**Tanzmeister frei!**

Bitte Off. unt. 344 an Bl.

o. Bl. Bo., Elisabethstr. 19.

Allzeit. 52 jähr. Frau sucht

Stell. a. Wirtschaftsein. 5. eins.

Bern. Off. u. O. 104 a. Bl. p.

Bl. Bo., Elisabethstr. 19, erb.

## Verkäufe

**Zigarren**

rein überreichlich, wirtlich

hervorragende Qualitäten,

holzstöckl. vornehme Ausstattung. Liefer. von

800 M. an aufwärts. Ritter

in Originalst. unt. Nach.

Stein & Hans. Zigarreir.

Kalidentchen (Theinl.)

**Zigaretten** rein Tabak

zoll. Form. Rollbündle. 245 M.

Rot, Urndist. 21. B. daselbst

**In amerikanisch. Schmal.**

z. Bl. 27. A. bei Abn. o. 5 Bl. p.

Bl. E. 27. er. Schw. Bo.

Reith. Eisenbahnh. 13. H. II. r.

**Ia. Arbeitshosen,**  
für Knabenhosen,  
**Ia. Anzug - Hosen,**

Meter 150 Mark.

**Lessingstraße 20, p.**

Manch. Hosen, 3 Helf. Hölz.

Schaffell. u. Holz. 150. Schuhe.

Mit. Rücken. 51. Spitzw. Kost.

vert. bill. Blücherstr. 18. IV.

Blaufeld. Damen. Mantel.

neue Sommerblusen. Kostüm.

Höfe. à 65 Mark verkauft

A. Brömmannstr. 12. Lad.

Bl. Veinen. Kostüm. mob. 150.

w. geht. Voilefeld. 85. Bettst.

Heide. 4 u. 10 lädt. u. Bluse. 45.

zu vert. Thomasstr. 9. I. r.

2 geb. Bettst. m. M. neues

Sofa und Gaslampe. vert.

Lind. Leibnizstr. 51. III. r.

Bettst. m. Matr. zu vert.

Stadt. Lange Reihe 48. H. r.

2 Bettst. m. Matr. quich. 50.

Vert. Baierische Str. 118. I. M.

Seit. D. Kleid. 5. 1. 1. 1. 1.

Vert. v. Leibnizstr. 18. II. r.

Tafel-Klavier zu verkaufen.

Görlitz. Eisbahnstraße 9. II. r.

Wandoline u. Jodett. Konf.

o. St. Raumhoferstr. 47. p. r.

Höfe. v. Kopp. Altenb. 5. II. r.

Hähn. Faberstr. 9. 1. 1. 1.

Hähn. Faberstr. 9. 1. 1. 1.